

Volksstimme

Einzelpreis 10 Pfennig.

Tageszeitung der Sozialdemokratischen Partei.

Die „Volksstimme“ erscheint an jedem Wochentag abends. — Verantwortlich: Redakteur Albert Pauli, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Lindau, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Franke & Co., Magdeburg, Große Mühlenstraße 3. — Fernsprechnummer: 1111. — Postamtliche Nummer: 1567, für die Redaktion Nr. 1744 für den Verlag und die Druckerei Nr. 661. — Postzustellungsnummer: 2. Nachtrag, Seite 110. —

Anzeigenpreise in Goldpfennigen: Die 10spaltige, 27 Millimeter breite Kompartimentszeile örtlich 20 Pfennig, auswärts 30 Pfennig, Familienanzeigen und Stellenangebote 12 1/2 Pfennig, Vereinskalender 20 Pfennig, die dreispaltige 30 Millimeter breite Reklamezeile örtlich 100 Pfennig, auswärts 150 Pfennig. (Eine Goldmark = 100 Pfennig.) Der gewährte Rabatt acht verloren wenn nicht binnen 8 Tagen nach Rechnungsdatum Zahlung erfolgt. — Für Platzverdränger keine Gewähr. — Postfachnummer Nr. 122 Magdeburg.

Nr. 268.

Magdeburg, Freitag den 14. November 1924.

35. Jahrgang.

Die Kommunisten retten Mussolini.

Aus dem Buche des ehemaligen italienischen Ministerpräsidenten Nitti ist bekannt, daß bald nach Kriegsende die demokratisch gesinnten Kreise des italienischen Bürgertums bereit waren, zusammen mit den Sozialdemokraten in Italien die demokratische Republik an Stelle des von Interessentenklüngeln beherrschten Königtums zu errichten. Das war zu einer Zeit, als die Kommunisten noch nicht die italienische Arbeitererschaft organisatorisch gespalten hatten, wenn sie sich auch schon der Moskauer Leitung unterworfen hatten. So kam es, daß sie zuerst in Moskau anfragten, wie sie sich zu den Plänen stellen sollten. Die Antwort war der Befehl, die Partei und die Gewerkschaften zu spalten und auf eigene Faust nach russischen Rezepten zu handeln.

Also geschah es. Die italienischen Kommunisten spielten Weltrevolution und Mussolini trat ihnen mit seinen Schwarzhemden entgegen. Das Ende ist bekannt. Die italienische Arbeitererschaft in ihrer Gesamtheit hat für Moskau fürchterlich büßen müssen.

Heute ist der Faschismus in einer schweren Krise. Wiederum hat sich eine Front aus Sozialdemokraten und bürgerlichen Gruppen gebildet. Die Opposition weigert sich seit der Ermordung Matteottis, an den Verhandlungen des Parlaments teilzunehmen, um Neuwahlen zu erzwingen. Mussolini ist in tödlicher Verlegenheit; er ist im Parlament mit seinen Schwarzhemden allein. Er weiß, daß Neuwahlen ihm eine Niederlage bringen werden; er weiß, daß im Lande das Rumpfparlament kaum noch als gesetzmäßige Vertretung anerkannt wird; er weiß, daß der Faschismus täglich und stündlich an Ansehen und Einfluß verliert. Alles hat und bietet er auf, um die Opposition zur Rückkehr zu bewegen. Vergeblich!

Mussolini spielt mit dem Gedanken der persönlichen Diktatur, weil eben das Parlament ohne die Opposition dem italienischen Faschismus mehr schadet als nützt. Mussolini weiß aber auch, daß es ein Spiel mit dem Feuer ist, wenn er unter den heutigen Umständen dem Lande seine persönliche Diktatur aufzwingen will. Frontkämpfer, die Kriegsbeschädigten sind seine Gegner geworden, die Kampfkräftigen und Kampfmutigen sammeln sich als „Garibaldianer“ und machen den Schwarzhemden die Straßen streitig. Er weiß, daß Italien vor einer schweren Krise steht.

Die Opposition ist unerbittlich. Sie geht nicht ins Parlament. Sie fühlt, wie ihre Kräfte wachsen, wie die Bürger des Landes sich mehr und mehr um sie scharen. Als die Opposition auszog, schlossen sich ihr seinerzeit auch die Kommunisten an.

Am 12. November wurde das Parlament eröffnet. Das ganze Land blickte mit Spannung nach Rom. Wird die Opposition fest bleiben? Werden einzelne bürgerliche Abgeordnete abspringen? Wird Mussolini erleben, daß die Opposition sich noch verstärkt?

Wird Mussolini eine Opposition haben oder nicht? Das ist die Lebensfrage für den Faschismus geworden.

Wird durch das demonstrative Fernbleiben der Abgeordneten aller nichtfaschistischen Parteien immer wieder der ganzen Welt vor Augen geführt, daß das nichtfaschistische Italien die Regierung Mussolini und seine Kammer als eine ungesetzliche ansieht?

Ein neuer Schlag traf Mussolini. Der greise Giolitti, der älteste Politiker Italiens und gewiß einer der angesehensten Führer des Bürgertums, blieb der Kammer fern, obwohl er, auf der Liste der Faschisten als „Außensteher“ gewählt, blieb der Kammer fern, und es wird angenommen, daß er sich der Opposition auch offiziell anschließen wird.

Und dennoch! Mussolini und seine Schwarzhemden atmen auf. Sie waren nicht allein im Parlament. Die Opposition ist nicht mehr geschlossen, ein Teil von ihr ist abgespalten. In der Kammer erschienen — die Kommunisten!

Mussolini hat keine Opposition — er ist für diesmal gerettet! Moskau hat es so befohlen, Moskau wird wissen, was Rußland dafür erhält.

Was will es bedeuten, daß der kommunistische Redner gegen den Faschismus redete, redete und redete. Nicht das Reden — das Fernbleiben ist heute in Italien die Tat! Was will es bedeuten, wenn der Redner der Kommunisten, der Abgeordnete Repossi, der Hoffnung Ausdruck

gab, daß sich bewaffnete Bauern- und Arbeitergruppen bilden, um die Diktatur nach Moskauer Muster zu errichten!

Es hat sich in Italien wieder einmal gezeigt: sie sind gute Freunde, die Männer mit dem Sowjetstern und die in den schwarzen Hemden. Wenn sie es auch nach außen nicht wahr haben wollen. Ist es denn anders in Deutschland? Die Deutschnationalen konnten der Zahl ihrer Abgeordneten im verflorenen Reichstag stets die der Kommunisten hinzurechnen, und wenn es zu Abstimmungen kam, da standen stets zusammen auf: Ludendorff und Zwanzig.

Die kommunistische Hilfe hat den Deutschnationalen zwar viel genützt — zum letzten Ziele, der „nationalen“ Diktatur, reichte sie nicht aus. Auch Mussolini wird noch erfahren, daß die kommunistische Hilfe ihm auf die Dauer nichts nützen wird.

Mussolini und seine sowjetsternge schmückte „allgerneinsten Opposition“ — sie sind aufeinander angewiesen. Der eine kann ohne die andere nicht leben, wie die Deutschnationalen ohne Poincaré! —

Des Hohenzollern letzte Sage.

In der „Leipziger Volkszeitung“ teilt F. W.:

Es ist schon oft gesagt worden: Das deutsche Volk vermag nicht zu rasch. Noch rascher als andere Völker. Das ist ein Fehler, der schon Schlimmstes verschuldet hat in der deutschen Geschichte — und der auch bei dieser Reichstagswahl Folgen haben kann, die nicht von heute auf morgen wieder gutzumachen wären. Darum ist es bitter notwendig, daß der deutsche Wähler in diesen Wochen einmal sein Gedächtnis schärft — und sich recht genau erinnert, wie diese „große“ Zeit wirklich ausah, zu der man uns — herrlichen Zeiten entgegen! — wieder zurückführen will.

Die eigentliche „große“ Zeit datiert von 1914 bis 1918, d. h. nur etwa bis zum Sommer dieses Jahres. Die letzten Monate vor der Revolution rechnen gewöhnlich nicht mehr so recht mit. Wir aber tun gut, uns gerade

an diese kritischen Monate

einmal zu erinnern. Denn jene „großen“ Männer, die die „große“ Zeit so erstaunlich zahlreich hervorgebracht hat, müssen sich doch gerade damals in ihrer ganzen Größe gezeigt haben. Im Siege groß zu sein, ist schließlich das schwerste noch nicht — erst in der Gefahr, in der Not, in der Bedrängnis der Stunde zeigt sich der wahre Heldennut. Dann kommt es darauf an, Entschlüsse fassen zu können, seinen Mann zu stehen, auf dem Posten zu bleiben, oder auch, wenn es die Stunde fordert, Opfer zu bringen. Aber das sind natürlich für große Männer Selbstverständlichkeiten. Oder sollte es damals an den höchsten, ja allerhöchsten Stellen in Deutschland anders ausgesehen haben?

Ein kleines Buch, „Die Abdankung“ betitelt, von Ludwig Herz, dem bisherigen Geschäftsführer des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses, verfaßt und im Ernst-Oldenburg-Verlag, Leipzig, erschienen, gibt uns interessantes Material über die letzten Monate und Wochen der deutschen Monarchie.

Erinnern wir uns. Mehr und mehr hatte während der Kriegsjahre die Oberste Heeresleitung auch

die politische Führung an sich gerissen.

Das mußte zu Konflikten, zu ständigen Reibungen führen. Im Januar 1918 endlich sah man sich genötigt, hier eine Form zu finden. Und wie einigte man sich? Dieser „Vertrag“, abgeschlossen zwischen dem Chef des Generalstabes, von Hindenburg, und dem Reichskanzler, Grafen von Hertling, ist interessant genug, um der Vergessenheit entziehen zu werden. Der entscheidende Punkt lautet:

Meinungsverschiedenheiten zwischen den militärischen Stellen und dem Reichskanzler sind auf dem Wege gegenseitiger Aussprache zu beseitigen. Gelingt dies nicht, so ist die Entscheidung seiner Majestät des Kaisers einzuholen. Die erfolgte Entscheidung überhebt die militärischen Stellen in allen Fällen jeder eignen Verantwortung. Der Reichskanzler hat in dem Falle, daß die kaiserliche Entscheidung gegen ihn ausfällt, die ihm staatsrechtlich obliegende Konsequenz zu ziehen, indem er seine Entlassung nimmt.

Diese Abmachung, die der Reichsverfassung schroff widersprach, war ein eklatanter Sieg der Militärpartei. Ziel eine Entscheidung gegen den Reichskanzler aus, so mußte er zurücktreten — entschied der Kaiser gegen

die Oberste Heeresleitung, so war sie jeder eignen Verantwortung ledig. Der Kaiser übernahm eine Verantwortung, die ihm nach der Verfassung keineswegs zustand: jetzt mußte es das Ziel der Obersten Heeresleitung sein, den Kaiser ganz unter ihren Einfluß zu bekommen.

Diese Vereinbarung ist von entscheidender Wichtigkeit für die kritischen Wochen im Oktober und November 1918. Schon im September 1917 war der Obersten Heeresleitung aus Agentenberichten bekanntgeworden, daß England und Frankreich

die Abdankung der Hohenzollern

verlangen würden. Wilsons Noten vom 14. und 23. Oktober 1918 erhoben die Forderung auf Rücktritt mindestens des Kaisers und des Kronprinzen mit aller Deutlichkeit. Die deutschen Gesandten in den neutralen Hauptstädten rieten dringend, dieses Verlangen sehr ernst zu nehmen.

Natürlich kannte auch Wilhelm 2., kannte auch seine militärischen Ratgeber diese Ansicht Wilsons und der Staatsmänner der Entente. Auch Wilhelm 2. wußte, daß Wilson für ein demokratisches Deutschland Verhandlungen, für ein monarchisches Kapitulation, nichts als Kapitulation in Aussicht gestellt hatte. Kein Mensch kann heute sagen, ob ein rechtzeitiger Thronverzicht des Kaisers und Kronprinzen dem deutschen Volke günstigere Waffenstillstandsbedingungen gebracht hätte. Aber unlegbar ist, daß die Möglichkeit hierzu bestand. Der Kaiser, der sein Volk nicht herrlichen Zeiten entgegen, sondern ins tiefste Elend hineingeführt hatte, hatte die verdamnte Pflicht und Schuldigkeit,

jedes persönliche Opfer zu bringen,

das die geringste Aussicht auf eine Besserung der Lage des deutschen Volkes bot. Es ist geradezu erschütternd, jetzt zu lesen, daß bei allen Beratungen, die im Großen Hauptquartier zwischen dem Kaiser und seinen Generalen stattfanden, nicht einmal erwogen wurde, welche Bedeutung diese Entscheidung für das deutsche Volk hätte haben können.

Die Militärs wußten, daß für ihre künftige Stellung alles darauf ankam, die Monarchie in Deutschland oder wenigstens in Preußen, wie wir noch sehen werden, zu erhalten. Sie waren deshalb gewillt, mit allen Mitteln die Politik des Reichskanzlers, des Prinzen Max von Baden, zu sabotieren. Ihr entscheidender Schlag gegen die politische Leitung war die Entführung des Kaisers ins Große Hauptquartier am 29. Oktober. Alle Bemühungen des Reichskanzlers, den Kaiser vor diesem verhängnisvollen Entschluß abzubringen, waren vergebens. Wilhelm 2. begab sich in den Schutz seiner Prätorianergarde.

Am 31. Oktober beschloß das Kabinett einstimmig, dem Kaiser

sofortigen freiwilligen Rücktritt

dringend zu empfehlen. Der Minister Drows wurde beauftragt, dem Kaiser hiervon Kenntnis zu geben. Am 1. November traf er in Spa ein. Wilhelm 2. empfing ihn im Garten, auf seinen Krückstock gestützt, den er trug, um seinem großen Ahnen, Friedrich 2., zu gleichen. Als Drows seinen Auftrag vorbrachte, weigerte er sich zunächst, ihn überhaupt anzuhören. Schließlich gestattete er einen halbständigen Vortrag. Als Drows seine Ausführungen beendet hatte, lehnte Wilhelm 2. unter Berufung auf seine Pflichten als preussischer König und als Nachfolger Friedrichs des Großen die Abdankung schroff ab. Hindenburg und Groener, der nach dem Rücktritt Ludendorffs Generalquartiermeister war, stimmten dem Kaiser bei.

Erst am 5. November hat sich Groener von der Notwendigkeit des Rücktritts des Kaisers überzeugt. Aber auch jetzt noch lehnte er es als Offizier ab, den Kaiser in diesem Sinne zu beeinflussen. Nicht krasser kann sich die Unmöglichkeit dieses Systems zeigen: Diese Generale hinderte ihre Pflicht als Offiziere (wie sie sie auffassen), ihre Pflicht als Deutsche zu tun. Die Treue gegen den „angestammten Herrn“ stand ihnen höher als die Liebe zum Vaterland. Allerdings, als es gefährlich wurde, treu zu sein, war es auch damit vorbei.

Am 7. November forderte die Sozialdemokratie den sofortigen Rücktritt des Kaisers. Der Reichskanzler meldet dies und alle übrigen Nachrichten von der beginnenden Revolution ins Große Hauptquartier, aber der Kaiser blieb bei seiner Ablehnung. In seinem Auftrag erhielt Prinz Max das folgende Telegramm:

Seine Majestät hat es völlig abgelehnt, auf die Vorschläge Eurer Großherzoglichen Hoheit in der Thronfolge einzugehen, und hält es noch wie vor für seine Pflicht, auf seinem Posten zu bleiben.

Am gleichen Tage, dem 8. November, befahl der Kaiser den

Vormarsch der Armee gegen die Heimat!

Er wollte Berlin zurückerobern. Inzwischen aber hatte die Oberste Heeresleitung doch erkannt, daß das Heer gar nicht mehr in ihrer Hand war. Eine Rundfrage bei den Frontoffizieren hatte es klar erwiesen. Deshalb erklärten am 9. November vormittags Hindenburg und Groener dem Kaiser die Un-durchführbarkeit seines Planes. Der Hofgeneral von Plessen und Graf Schulenburg, der Chef der Heeresgruppe Kronprinz, traten auch jetzt noch dafür ein, daß nichts unversucht gelassen werden dürfe, um die Ordnung in der Heimat wiederherzustellen. Es müsse zunächst gegen die Grenz- und Rheinorte vorgegangen werden. Der Kaiser stand zunächst auf der Seite Plessens und Schulenburgs, schließlich aber ließ er sich durch die strategischen Darlegungen der beiden andern Generale überzeugen. Durch die strategischen Darlegungen, merkt es auch gut! Nicht, weil er dem deutschen Volke, das 1/4 Jahre furchtbarsten Krieges hinter sich hatte, weiteres Blutvergießen ersparen wollte. Wiederum wurde dieser Seite der Sache nicht gedacht.

Erst am Nachmittag, als die Nachrichten aus Berlin eintrafen, mußte man wohl oder übel sich auch mit der Abdankung befassen. Der Beschluß, der schließlich zustande kam, ist die Krönung alles bisherigen; er zeigt, wie wenig die Männer des Großen Hauptquartiers jetzt mit Ausnahme Groeners, die Zeichen der Zeit erkannten.

Die Erklärung des Kaisers lautete:

Seine Majestät sind bereit, als deutscher Kaiser ab-zudanken, wenn nur dadurch weiteres Unübergelesenes vermeiden werden kann. Seine Majestät wollen keinen Bürgerkrieg. Seine Majestät bleiben König von Preußen und werden das Heer in geschlossener Ordnung in die Heimat zurück-führen.

Diese Erklärung wurde vom Kaiser unterschrieben und nachmittags an das Reichskanzleramt telephoniert.

Vortrefflich weiß Herz nach, daß diese Lösung poli-tisch und staatsrechtlich gleich unmöglich war. Staatsrechtlich deshalb, weil in der alten Reichsverfassung Hand, der König von Preußen führe den Namen Deutscher Kaiser. Politisch deshalb, weil die Bewegung des deutschen Volkes sich gerade gegen die Person dieses Herrschers richtete, den es als preussischen König künftig so wenig dulden wollte, wie als deutschen Kaiser. Aber vor allem: diese Lösung hätte die deutsche Einheit zerstört, den

Zerfall des Reiches in eine Anzahl von Bundesstaaten

mit sich gebracht. Aber darum kümmernten sich diese deutschen Patrioten nicht. Sie hatten andre Sorgen, etwa wie der Graf Schulenburg, der in seinem Bericht über die Ab-dankung schreibt: „Ich durfte dem Kaiser noch die liebe starke Hand küssen.“ Das waren die Männer, die Deutsch-lands Geschick in den entscheidenden Stunden unglücklich be-einflussten.

Kein Wunder, daß die politische Leitung mit dieser Erklärung des Kaisers nichts anfangen konnte. Der Reichs-kanzler entschloß sich, beraten von dem damaligen Ministerialdirektor, dem spätern Außenminister Simon, von sich aus den Thronerzitz des Kaisers und des Kron-prinzen zu erklären. Es geschah in letzter Minute. Denn schließlich waren auch damals Verfassungsfragen Mach-tfragen, und das deutsche Volk, so wenig es von den wirklichen Vorgängen wußte, war endlich entschlossen, nicht

länger geduldiges Opfer von Narren und Verbrechern zu sein.

Wenn die deutschen Wähler dieses Buch zur Hand nähmen, so wäre es nicht zweifelhaft, daß das deutsche Volk sich hüten wird, ein zweites Mal die „große“ Zeit herbei-zuführen. —

Die entlassenen Eisenbahner.

Die Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahn-gesellschaft hat durch Telegrammbrief vom 5. November 1924 die Tagewerkkopfszahlen der Ausbesserungswerke, Haupt- und Nebenwerkstätten sowie der Ausbesserungsstellen der Bahn-betriebs- und Bahnbetriebswagenwerke für die Zeit vom 1. Okto-ber 1924 bis 31. Dezember 1925 vorläufig auf 142 100 Tagewerk-köpfe festgesetzt. Danach würde die Anfang Oktober d. J. vor-handene Zahl von 153 942 Werkköpfen zunächst um 11 842 ver-mindert. Diese Verminderung verteilt sich auf das ganze Reichs-bahngelände. Die neu festgesetzten Tagewerkkopfszahlen wirken sich ganz verschieden aus. Während sich in der Mehrzahl der Bezirke eine Verminderung des Kopfbestandes ergibt, kommen in einigen Bezirken für einzelne Dienstzweige auch Personalvermehrungen zu. So soll sich z. B. die Zahl der Werkstättenarbeiter im Reichsbahnbezirk Altona um 217 und die Zahl der Betriebswerk-stättenarbeiter um 452 Köpfe vermindern, während sich im Bezirk Berlin die Kopfzahl der Werkstättenarbeiter um 386 vermehren, dagegen die Zahl der Betriebswerkstättenarbeiter um 328 Köpfe vermindern soll. Ähnlich wie in Berlin liegen die Dinge in den Bezirken Breslau, Kassel, Frankfurt a. M., Dresden, Schwerin und Stuttgart. In den übrigen Bezirken schwanken die Personal-Veränderungen in den genannten Dienstzweigen zwischen 47 Köpfen im Bezirk Oldenburg und 1020 Köpfen im Bezirk Erfurt. Im besetzten Gebiet erfolgt am 16. d. M. die Übernahme der Regiebahnen und damit werden zunächst bis 75 Prozent der vor der Besetzung vorhandenen Arbeiter wieder eingestellt. Dieser Prozentsatz entspricht dem nach dem allgemeinen Personalabbau im übrigen Reichsgebiet vorhandenen Durchschnitt.

Die Hauptverwaltung hat außerdem aus Rentabilitäts-gründen in Aussicht genommen, die Fahrzeug-Ausbesserungs-arbeiten in Eisenbahn-Ausbesserungswerken und Hauptwerk-stätten Harburg, Berlin, Breslau I und IV, Erfurt, Witten (Loko-motivenausbesserung), Zeitz, Hohenstein, Trausnitz (Loko-motivenausbesserung), Krefeld-Lippum (Lokomotivenausbesserung), Mainz, Rastatt (Lokomotivenausbesserung), Greifswald, Dresden (Lokomotivenausbesserung), Magdeburg sowie in den Betriebsabtei-lungen Minden, Guben, Stolp, Pieschen und Radebeul einzu-stellen. Die Reichsbahndirektionen sollen bis zum 1. Dezember Vorschläge machen, in welcher Weise die Einstellung der Fahrzeug-unterhaltung in den genannten Werken zweckdienlich durchgeführt werden kann. Mit der Durchführung der angeführten Maß-nahme, die, wie anzunehmen ist, im Laufe des nächsten Früh-jahrs erfolgen soll, ist eine weitere Personalverminderung um circa 12 000 Tagewerkköpfe verbunden. — Soweit die Maß-nahmen der Hauptverwaltung.

Es ist in der Presse bereits richtiggestellt worden, daß die Gewerkschaften und der Hauptbetriebsrat vor der Veröffentlichung dieser Anordnungen von der Verwaltung ni-t gehört worden sind. Der Vorstand des Deutschen Eisen-bahnarbeiterverbandes legt gegen das Vorgehen der Verwaltung entschiedene Verwahrung ein. Er wird versuchen, eine möglichst weitgehende Milderung der nach Ansicht der Hauptverwaltung so-fort einsetzenden Entlassungsmaßnahmen durchzusetzen. Es wird außerdem Aufgabe der beteiligten Gemeindeverwaltun-gen und Regierungsstellen sein, die Eisenbahner in ihren Bestrebungen zu unterstützen. So muß u. a. z. B. ver-

sucht werden, durch Förderung des Wohnungsbaues (Ge-währung von Baukostenzuschüssen usw.) dafür zu sorgen, daß die notwendigen Umstellungen durch Personalversetzungen erleichtert werden können.

Die Kommunisten haben bei der Bekanntgabe der neuen Abbaupläne der Reichsbahn wieder einmal den Mund sehr voll genommen. Diese traurigen Gesellen, die durch ihre verbrecherischen Taten in die Zuchthäuser bringen und dann auf die Sozialdemokratie schimpfen, weil sie die Unglücklichen nicht von heute auf morgen befreien kann, diese hohlerischen Krafminer und Brahlhänse können jetzt wohl spalten-lang über den neuen Eisenbahnerabbau schwärzen, aber sie können nicht einen Eisenbahner schützen. Wie immer und überall, so muß und wird auch der D. G. V. mit Unterstützung der Sozial-demokratie rettend und helfend eingreifen. Das eine aber ist sicher: Je größer der Wahlerfolg der Sozialdemo-kratie am 7. Dezember, desto mehr wird sich die Reichs-bahn hüten, den Abbau ohne Berücksichtigung der gewerkschaft-lichen Forderungen vorzunehmen.

Auf die Kommunisten im Reichstag brauchen die Scharj-macher um so weniger Rücksicht zu nehmen, als sie sich immer und überall als die besten Helfer der Reaktion erwiesen haben. —

Jagd auf Sozialdemokraten.

Der Prozeß gegen die beiden Sozialdemokraten, den ehemaligen thüringischen Innenminister Hermann und den Regierungsjäger Kunze, wegen angeblicher Amtsunter-schlagung und Untreue bzw. wegen Beihilfe wurde am Mittwoch fortgesetzt. Unter den ausgerufenen Zeugen befanden sich der sächsische Innenminister Liebmann und aus Dresden, der bisherige Leiter der thüringischen Landespolizei, Polizeioberst Müller-Brandenburg, sowie mehrere Landespolizei-beamte.

Zeuge Minister Liebmann gibt eine ausführliche Schilderung der Vorverhandlungen, die zu den Waffenauf-täufen geführt haben. Die sächsische Landespolizei wie auch die kommunale Polizei weiß genau wie die thüringische Landes-polizei erhebliche Feststellungen auf. Dazu kam die vom Reich schon längst anerkannte unzulängliche Bewaffnung der Polizei vor allem für den Fall innerer Unruhen. Innerhalb der sächsischen Regierung wurde diese Frage eingehend besprochen. In der 25. Vollziehung des Gesamtministeriums, in der die Mi-nister Seigner, Feld, Jellisch, Kleißner und Liebmann zugegen waren, wurde der Beschluß gefaßt, einen bestimmten Betrag

für den Ankauf von Ausrüstungsgegenständen für die Landespolizei bereitzustellen. Jeder der beteiligten Mi-nister habe Kenntnis gehabt von der Notwendigkeit und dem Zweck der Anschaffungen, von der Art und der Zahl der zu be-schaffenden Waffen. Mit der Durchführung des Beschlusses seit der Ministerpräsidenten Feldt und der Zeuge Liebmann als Innen-minister beauftragt worden. Der Finanzminister habe die Zahlungsanweisung erlassen. Die ganze Frage sei von Anfang an zwischen dem Zeugen und dem Minister Feldt fast ausschließlich besprochen worden, und der Finanzminister habe seine Vor-schläge wegen der Geldbeschaffung gemacht. Ebenso habe der Zeuge mit dem parlamentarischen Ausschuß für die sächsischen Polizeianglegenheiten über alle Einzelheiten verhandelt und dann volle Zustimmung für die zu ergreifenden Maßnahmen ge-funden. Man hätte allerdings über den

vollkommen legalen Waffenankauf

nicht offen sprechen können, da er Ursache gehabt habe, gegen des-stimmte Persönlichkeiten des Ministeriums, vor allem gegen seinen Polizeireferenten, Mißtrauen zu hegen, für dessen Be-rechtigung auch nachträglich der Indizienbeweis erbracht worden sei. Die Beschaffung der Waffen sei aber immer wieder auf Schwierigkeiten gestoßen, schon durch die immer wieder eingetre-tene Entwertung des zur Verfügung gelangenden Betrags. Man habe sich schließlich an den thüringischen Innenminister ge-wandt, weil dem Zeugen durch ihm zugegangene Berichte bekannt geworden war, daß in Zeitz a. M. ein schwindehafter

Waffenhandel nach Bayern an staatsfeindliche Organe im Gange war. Der Angeklagte, Minister Hermann, habe dem Zeugen zugefagt, die von Sachsen angeforderten Waffen zu be-schaffen und verlangt, daß sofort ein bestimmter Betrag an die

Kleines Feuilleton.

Das neueste Werk von Richard Strauß.

Richard Strauß ist ein Mann, den man nicht läßt. Kaum hat sich die deutsche Kritik von der mehr oder weniger verheiß-vollen Rezension seines Wiener Schlagabtausch-Vollstücks erholt, da geht schon wieder ein neues, „abendfüllendes“ Werk über die Bretter. Nicht, daß man darauf nicht vorbereitet worden wäre — Adolf Hertzner und Richard Strauß haben sich auf Ankündigung! Aber ein fester Arbeiter ist er doch in seiner Schöpfung, und es scheint fast, als nähme seine Fruchtbarkeit mit den Jahren immer noch zu. Ob das der Qualität seiner Werke zum Vor-teil gereicht, ist sehr fraglich. Seit der „Ariadne“ ist es bergab mit ihm gegangen, und alle Anstrengungen der Presse haben nicht vermocht, der „Frau ohne Schatten“ und der „Josephs-Legende“ einen mehr als vorübergehenden Erfolg zu ver-schaffen. Seine Verehrer jagen an, nichts zu werden. Mit jedem neuen Werke sollte er sich, wie man in Studentenkreisen jagt, wieder „herausputzen“. Er muß das wohl selber gefühlt haben, denn er hatte persönlich in Dresden die Vorbereitung in die Hand genommen, und man hörte, „Intermezzo“ sei dort mit Jubel aus der Taube gehoben worden. Kurz hinterher hat Strauß die Oper herausgebracht und am 11. das Landes-theater in Braunschweig. Sie haben, von der Furchung eingelenkt, Seltsamkeiten gefaßt, das Best in dieser Aufführung kennenzulernen.

Richard Strauß ist in erster Linie Orchesterkomponist. Seine instrumentalen Dichtungen haben ihn berühmt gemacht. Aber jetzt ist er der Bühne verfallen zu sein. Und dem Hugo von Hofmannsthal, der ihm die Texte liefern muß. Dem fällt schon lange nichts Gutes mehr ein: er irrte in allen Zeiten und Sälen herum, von der christlichen Legende — „Salome“ — zur antiken Tragödie — „Elektra“ —, von da zur Hellenis-tik — „Helenen“ — — und zur barocken Trilogie — „Ariadne“. Dann kommt das orientalische Märchen dram mit der „Frau ohne Schatten“ und das Ballett. Und jedesmal geht Strauß mit und bringt sich, kann das er einem Stil gefunden hat, sein Lebensgefühl auf einen neuen. Das ist kein Wunder, seine organische Entwicklung wie bei Wagner, sondern: Aufregung! Ein Reiches Ereignis daraus, das etwas ganz Neues und nach die Dagegenes zu verhoffen. Es geht diesen Komponisten ähnlich wie dem Don Juan im letzten Akt — er sucht einen Ausweg ins Ausland, und überall jagen ihn Menschen entgegen: Die erschreckende Erkenntnis, daß alle Möglichkeiten der Oper er-schöpft sind.

Aufhat nun die Folgerung daraus zu ziehen und die Oper — die ist Wagner tatsächlich erreicht ist, und zwar für alle Komponisten — Oper sein zu lassen, verläßt Strauß auf die schmerzlichen Gesichtsängsten auf der Suche nach Ver-wandten für seine musikalische Visionen. Die nennen daraus die überwindliche „Josephs-Legende“, „Homer für die Hebräer“, „Schlagabtausch“ war für ein großes Publikum geschrieben: es

ist überhaupt verdächtig, daß sich Strauß immer mit einer Dunst-wolke von Ausprobieren umgibt. Man pflegt dergleichen von der Operite zu erwarten, nicht aber von der Oper großen Stils, die von Wagner feierlich zum „Majordrama“ befördert worden ist. Nicht allein, daß Strauß auf ein sehr zahlungs-lustiges Publikum rechnet — auf die Kreise um Castiglioni, die ihm in dem veredelten Wien die märchenhafte Ausstattung seines Vollstücks ermöglicht haben, und denen er jetzt, nachdem sie über Schuldigkeiten gehen, den Rücken kehrt —, er selber krank an jenem überhöhten Individualismus, der in diesen Kreisen grassiert.

Er macht nämlich diesmal nichts weniger und nichts mehr, als daß er sich selber auf die Bühne bringt. „Inter-mezzo“ ist eine Anekdote aus seinem Leben: seine Frau hat ein-mal einen Brief aufgemacht, der an den Kapellmeister Strauß gerichtet, aber irrtümlicherweise an Strauß abgelesen war und Entschuldigungsbriefe herbeiführte, die erst nachträglich durch den juristischen Rat und auflösenden Gatten beiseite geworfen wurden. Was gibt das was an? Oder wen könnte so was beunruhigen? Aber das Schlimmste an dieser „Handlung“, die er ausdrücklich als „bürgerlich“ bezeichnet, ist, daß er seine angeblich zärtlich geliebte und verehrte Gattin als eine Negare hinstellt, die nur den ganzen Tag darüber nachdenkt, wie sie sich amüsieren kann und als die typische „untertänigste Frau“ mit einem Unmüdigkeit anbandelt, der sich „Baron“ nennt, aber bloß Geld aus ihr her-auszupressen möchte. Diese sympatische Dame, die den Baron bei einer Redeparte kennenlernt und sich nie um ihr Kind, um so mehr aber um den interessantesten jungen Mann aus der feinen Familie kümmert, ihre Dienstboten herumjagt und injiziert, ist „Frau Hofmannsthal“, des „Helden Gesandten“, wie sie in seiner „Heldenkomödie“ heißt; die Dame aus den guten Kreisen, die ein Drehnadauf sein führt und allen Menschen auf die Herzen fällt. Inzwischen ist diese Figur nicht satirisch gemeint, denn Strauß vertritt sich selber als Idealisten, als Anführer alles Edelbaus: die Courts-Mahler hätte Mühe, eine solche Idealgestalt zu realisieren. Herr Strauß ist durch und durch Idealist: er streicht sich selbst heraus auf Kosten seiner Gattin. Im Schluß fällt er ihr in die Arme und befehlt sie von ihrem schänden Verdacht: er ist ein Auserwählter und ein Borgebiet, wie aus dem Roman der „Kaiserin“ zu sehen. Man wird sich die Biederkeit und Verlegenheit dieser Schöne nicht vorstellen können.

Die Freunde des Regimes sagen, er habe den „Nur zur Trivialität“ gehabt. Aber diese Trivialität ist zu einem großen Teil ungewollt. Trivialität ist sie nur insoweit, als sie den Geistesleben des Alltags verwendet, in den Auseinander-setzungen der Ehegatten, in dem Gespräch mit den Hausange-stellten, in dem Gespräch mit dem „jungen Freund“, in einer Szene. Es wird, um die „Handlung“ zu fördern, viel tele-phonierte, Briefe geschrieben und vorgelesen, die Zeitung studiert — Familienmährchen natürlich! — Frau Hofmannsthaler wie ein eigenartiges Zimmer für unter zeitigen Schließung und ver-sandelt mit der Birn. Jetzt ist noch, daß sie sich die Dis-creten Verdächtigungen zeigen läßt — warum nicht? auch das ließe

sich musikalisch illustrieren! — aber das langt alles noch nicht zu einer Satire. Schon deswegen nicht, weil Strauß mit dem Vornur theoretisch experimentiert. Die Entfaltungen des eignen Gelebens sollen nur dazu dienen, um einen neuen Opernstil auszuprobieren, bei dem es auf vollkommene Ver-jährlichkeit des Textes ankommt, wie der Komponist in einer sehr schließlichen Vorrede auseinandersetzt. Das lyrische, ge-fühlsmäßige Moment soll in die Orchesterinstrumente und Unterhaltungen verlegt werden, für die Sänger bleibt nur ein reiner „Konversationsgesang“ sozusagen übrig.

Die Anstrengung hätte sich Strauß sparen können. Man wäre ihm dankbar, wenn er das Gewächs, das auf der Bühne be-zogen wird, mit seinem Orchester oder mindestens mit dem Ge-angenen zudeckte. Aber auch rein musikalisch ist sein „Inter-mezzo“ keine schöpferische Tat. Er hint hinter Strauß vertritt, Hindemith, Krüger, Hindemith, die viel früher und weit entscheidender die Banalität zum Stilprinzip er-foren haben, wie das nun einmal im Charakter unserer Zeit begründet ist. Die schielen nicht nach Rückwärts, sondern wagen das Neueste an grotesker Verzerrung in der Form und im Klang. Sie musizieren mit Eschophon und Autohupe und schreiben einen jählos freien Schimmel und Rosten, während Strauß sich mit knapper Not zu einem altmodischen Walzer oder zum Schupplacher entschließen kann. Das geht nirgendes auch nur um Soaresbreite über den „Kofenkaulier“ hinaus, ist für Kammer-orchester mit Klavier, Harmonium und Celesta sehr gediegen und vornehm instrumentiert. Wirklich originell ist eigentlich nur die Illustration des laufenden Schiffs in der Winterportzene. Während die Bürger Bier trinken und Stat dreschen, spielt ein Streichquartett eine fast brahmische Weise.

Kurzum: man fragt sich vergeblich, wozu die Bühne da ist, auf der so gut wie gar nichts von musikalischem Belang vorgeht, und erst recht nichts von dramatischem oder überhaupt ästhetischem. Nicht einmal sein Verprechen mit dem neuen Gesangsstil hat Strauß eingehalten, denn je mehr das Stück fortschreitet, um so mehr kommt die Heldin ins Singen, und schließlich so kräftig und so ungefraglich neudeutsch, daß sie sich vollkommen überschreit. Wenn der Meister zum Schluß gefühlvoll wird, dann ist die Primadonna erledigt. Vielleicht entschließt er sich dazu, wie im Falle „Bürger als Edelmann“, die Orchestermusik heraus-zuziehen und zu einer neuen Suite oder dergleichen zu ver-arbeiten. Das deutsche Publikum sollte mit den „Ent-füllungen aus dem Hause Strauß“ verschont bleiben.

Die Aufführung im Braunschweiger Landestheater war vorzüglich inszeniert durch den Intendanten Dr. Kauf-mann, der es verstand, zwischen Naturalismus und Stilbühne einen glücklichen Ausgleich zu finden. Um die Gesangskräfte brauchen wir, obwohl die musikalische Leistung der Hauptdar-stellerin anerkannt ist, die Braunschweiger nicht zu beneiden. Wohl aber um das Orchester, das in einem akustisch viel ruhigeren Haus als dem unsern außerordentlich schön und farb-lich Klang. Franz Mikorey ist ein hervorragend begabter Dirigent zu sein.

Radiodienst der Volkstimme.

thüringische Staatsbank überwiesen werde. Durch Beauftragte des Zeugen Viehmann seien die angekauften Waffen mit einem Lastwagen abgeholt und nach Saalfeld gebracht worden.

Auf die von der Staatsanwaltschaft angeregte Frage, ob und weshalb die Waffen der Reichswehr gegenüber geheim gehalten worden seien, und wie sich die Reichswehr zu der Frage der überplanmäßigen Bewaffnung der Landespolizei selbst gestellt habe, glaubt der Zeuge in öffentlichen Verhandlungen im allgemeinen Staatsinteresse nicht eingehen zu können. Nach einer scharfen Auseinandersetzung zwischen dem Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld, und dem Oberstaatsanwalt, wurde für die weitere Vernehmung des Zeugen die

Öffentlichkeit ausgeschlossen.
Nach der Entlassung des Zeugen Viehmann beantragte die Staatsanwaltschaft die Ladung des Ministerpräsidenten Heilmann als Gegenzeugen. Rechtsanwalt Rosenfeld verlangte außerdem die Ladung des hiesigen sächsischen Ministers aus dem letzten Kabinett.

Zeuge Waffenpartei Glag von der Thüringer Landespolizei schildert die Heranschaffung der Waffen, die im Einvernehmen mit dem Reichskommissar Künzler durch einen Waffenhändler aufgelauft worden sind. Mehrfach habe er von Müller-Brandenburg den Auftrag erhalten, Waffentransporte auszuführen. Es seien sowohl Waffen aus Zella-Mehlis wie auch aus Sonderhausen geholt worden, die zusammen in der Waffenmeisterei und auf dem Boden des Verwaltungsgebäudes der Weimarer Kaserne untergebracht worden seien. Einmal habe er von Oberst Müller-Brandenburg den Auftrag erhalten, einen neben der Waffenmeisterei liegenden Raum freizumachen, das Fenster undurchsichtig zu machen und das Schloß mit Sicherungen zu versehen, da in dem Räume Affen des Innenministeriums untergebracht werden sollten. In diesen Raum seien alsdann die Waffen gebracht worden, ob auf Anordnung von Müller-Brandenburg weiß der Zeuge nicht genau anzugeben.

Inzwischen stellt der Vorsitzende fest, daß nach einem bei den Akten befindlichen Schreiben des angeklagten Ministers Hermann an seinen Nachfolger im Amte, den Staatsminister Sattler, vom 21. Februar 1924 mitgeteilt wird, daß von der Regierung Waffen angekauft worden sind, die sich in einem neben der Waffenmeisterei der Kaserne liegenden Räume befinden. Weiter stellt der Vorsitzende fest, daß der Angeklagte Hermann am 6. März 1924 zum erstenmal in dieser Waffenanlage durch die Staatsanwaltschaft vernommen worden ist.

Der Angeklagte Hermann erklärte, daß er am Tage der Hebergabe der Regierungsgeschäfte von einem gegen ihn schwebenden Verfahren wegen des Waffenkaufs noch nichts gewußt habe, da das Verfahren bis dahin durch die Kriminalpolizei vollkommen geheimgehalten worden sei. Es steht also fest, daß der

jetzigen thüringischen Regierung Kenntnis von den getätigten Ankäufen der Waffen gegeben worden war.

Zeuge Polizeioberst Müller-Brandenburg wurde vorläufig unverdächtig vernommen. Er erklärte, daß Minister Hermann nach seiner festen Hebergabe niemals die Absicht gehabt haben könne, durch die Waffenbeschaffung eine feindselige Handlung zu begehen. Es wäre notwendig gewesen, über den Etat der Landespolizei hinaus für Waffen zu sorgen, und auf sein, des Zeugen, Drängen wäre

im Einvernehmen mit dem Reich

der Waffenkauf durch einen Waffenhändler zustande gekommen. Eine weit schärfere Gefahr hätte sich aber durch die Waffenfabrikation in Zella-Mehlis ergeben, von wo aus die zu Angehörigen ungarischer Militärgewehr in großer Zahl in die Hände der Kommunisten und der rechtsradikalen Organisationen gelangt seien. Jede Waffe, die durch den Staat angekauft werde, halte er für eine unbedingte Stärkung der Staatsgewalt.

Von den in die Kaserne gelangten Waffen aus Zella-Mehlis hat der Zeuge Kenntnis gehabt, auch sind durch ihn die vom Ministerium angeforderten Autos für den Transport gestellt worden. Während die Anlagen wegen des Begriffs Unterbringung von Staatsgebern Wert legt auf aufgekauft Waffen, spricht der Zeuge Müller-Brandenburg nur von beschlagnahmten Waffen; von in Zella-Mehlis aufgekauften Waffen will er nichts wissen.

Der Oberstaatsanwalt glaubte, den Waffenmeister Glag in seinen Aussagen bei Unwahrheiten erlappt zu haben. Er erklärte den Zeugen Glag wegen Verdachts des Meineides für sofort verhaftet. Die Verteidigung wandte sich mit aller Entschiedenheit gegen diese Art des Vorgehens des Oberstaatsanwalts, daß die Ermittlung der Wahrheit erschwere und drohte, die Verteidigung niederzulegen, wenn der Oberstaatsanwalt seine für die einwandfreie Beweisaufnahme hinderliche Maßnahme nicht zurückziehe, da die noch vorhandenen Zeugen der Raffinesse eines Oberstaatsanwalts gegenüber sich hätten würden, eine Aussage zu machen.

Die Beweisaufnahme wird am Donnerstag vormittag geschlossen.

Im Hochwassergebiet.

Der preussische Ministerpräsident Braun und der Innenminister Severing wollten am Dienstag im Hochwassergebiet, um sich an Ort und Stelle über die Größe des angerichteten Schadens und die Schwierigkeiten der heimgekehrten Bevölkerung zu informieren. Der Umfang des Schadens kann im Augenblick noch nicht durch eine feste Zahl angegeben werden, aber das eine steht bereits fest, daß die Schäden unbeschreiblich groß sind wie bei der Heberschwemmung des Jahres 1920. Wohl hat der Wasserstand diesmal nicht ganz die Höhe von 1920 erreicht, allein das plötzliche Auftreten des Hochwassers hat überall die Rettungs- und Bergungsarbeiten außerordentlich erschwert. Auf Grund der Feststellungen werden schon in den nächsten Tagen vom preussischen Finanzminister größere Mittel zur Beseitigung der Schäden angefordert werden. Die vom Ministerpräsidenten zur Verfügung gestellten 200 000 Mark waren lediglich als erste rasche Hilfeleistung gedacht.

Von einer Vereinfachung größerer Geldmittel durch das Reich ist im Augenblick noch nichts bekannt. Der Ruf der Reichsregierung zur Sammlung von Spenden wird am 14. und 15. d. M. erscheinen. Die vom Reichspräsidenten aus seinem Dispositionsfonds gegebenen 200 000 Mark sollen die Einleitung der Spendenaktion darstellen.

Immunität der Ausschussmitglieder.

Der Heberwahrungsausschuss des Reichstags stimmte am Mittwoch der schon früher vertretenen Rechtsansicht zu, daß die Mitglieder des Heberwahrungsausschusses und des Auswärtigen Ausschusses, die nach Artikel 35 der Reichsverfassung auch nach erfolgter Reichstagsauflösung bestehen bleiben, die Immunität bis zum Zusammentritt des neuen Reichstags besitzen.

Staatssekretär Zweigert vom Reichsministerium des Innern gab als Vertreter der Reichsregierung bekannt, daß diese sich bei der Zweifelsfrage der Reichstags die den Rechten der Mitglieder der Ausschüsse günstige Auslegung zu eigen gemacht hat. Sie hat daher den Oberstaatsanwalt veranlaßt, von solchen Strafverfolgungsmaßnahmen Abstand zu nehmen, durch die eine Betätigung der Mitglieder der Ausschüsse behindert würde. Mit entsprechenden Anregungen wird die Reichsregierung an die Landesregierungen herantreten. Soweit die Entscheidung bei den Gerichten liegt, ist sie allerdings der Entscheidung durch die Verwaltung entgegen.

Die Störung in den deutsch-französischen Verhandlungen.

ng Paris, 13. November. Die Verhandlungen über den deutsch-französischen Handelsvertrag, die am 5. November wieder aufgenommen wurden, scheinen auf Schwierigkeiten gestoßen zu sein. Beide Delegationen, die in der ersten Sitzung die Äußerungen der gegenseitigen Forderungen und Wünsche ausgetauscht haben, sind seitdem nicht mehr zusammengetreten.

Ueber die Natur dieser Schwierigkeiten will der „Matin“ wissen, daß es sich darum handelt, den künftigen Handelsvertrag mit gewissen Bestimmungen des Dawesplanes in Einklang zu bringen. Das Blatt spricht in diesem Zusammenhang auch besonders von den Reparationslieferungen, was unsern Lesern nicht ganz zutreffen dürfte. Dagegen ist es wohl richtig, daß die aufgelauchten Schwierigkeiten der Verhandlungen eine einseitige Unterredung zwischen dem deutschen Botschafter und dem Chef der deutschen Delegation einerseits und Serriot und dem französischen Handelsminister andererseits.

Eine jeder tatsächlichen Grundlage entbehrende Behauptung ist es jedoch, wenn der „Matin“ behauptet, die Verzögerung der Verhandlungen werde durch Deutschland verursacht, einmal mit Rücksicht auf die Wahlen und zum andern, weil man glaube, die Gegenseite dadurch zu Zugeständnissen zwingen zu können.

Differenzen zwischen Frankreich und Belgien.

ng Paris, 13. November. Die neuentstandenen Schwierigkeiten zwischen Frankreich und Belgien werden nunmehr auch offiziell zugegeben. Das Ende Oktober zustande gekommene Abkommen, das am 10. November hätte in Kraft treten sollen, ist von der französischen Regierung nicht in Kraft gesetzt worden. Als Grund dafür wird angegeben, daß Belgien am gleichen Tage seinen Zolltarif für alle Gegenstände, die im Abkommen nicht besonders festgelegt waren, beträchtlich hinaufgeschraubt habe.

Belgien begründet diese Maßnahme damit, daß die Erhöhung notwendig gewesen sei, um die Tarife der Preisentwicklung anzupassen und um die Stellung Belgiens in den Verhandlungen mit andern Ländern zu festigen.

Zwischen Frankreich und Belgien besteht infolgedessen also seit dem 10. November wieder ein vertragloser Zustand.

Baldwin geht nicht nach Paris.

ng Paris, 13. November. Die Meinung von einer bevorstehenden Zusammenkunft zwischen Baldwin und Serriot wird als verfrüht bezeichnet. Das englische Kabinett wüßte sich zunächst mit den Problemen der Außenpolitik vertraut zu machen, so daß eine Aussprache zwischen den beiden Premierministern kaum vor Mitte Dezember stattfinden würde.

Dagegen soll der englische Finanzminister Churchill die Absicht haben, in aller nächster Zeit zur Teilnahme an der interalliierten Finanzkonferenz nach Paris zu kommen. Bei dieser Gelegenheit — so wird wieder einmal versichert — werde auch das Problem der interalliierten Schulden aufgerollt werden.

Der Erfolg der Eisenbahner.

ia Wien, 13. November. Der Eisenbahnerstreik, der in musterhafter Ordnung und Geschlossenheit und ohne jede Störung durchgeführt wurde, ist beigestellt. Der Gesamtbetrieb der Eisenbahnen ist seit Mittwoch nacht im Gange. Am Mittwoch hat die Sitzung der Vertrauensmänner der Eisenbahner stattgefunden und den Bericht der Unterhändler zur Kenntnis genommen. Die erreichten Zugeständnisse wurden für genügend gehalten; nur über einen Punkt erwiesen sich weitere Verhandlungen als notwendig. Diese Verhandlungen führten am späten Abend zur Einigung.

Verständigung in Oesterreich.

Der Eisenbahnerstreik in Oesterreich, der in lückenloser Geschlossenheit und ohne jeden Zwischenfall durchgeführt wurde, ist durch Annahme des Verhandlungsergebnisses vom Dienstag durch die Vertrauensleute beendet worden. Der Betrieb wird in der Nacht zum Donnerstag wieder aufgenommen.

Am Mittwoch nachmittag fand die Sitzung der Vertrauensmänner der Eisenbahner statt, in der von den Unterhändlern über die Verhandlungen mit der Generaldirektion Bericht erstattet wurde. Nach längerer Debatte wurden die Zugeständnisse der Generaldirektion zwar als genügend erachtet, ihr Verlangen aber, daß bis Ende April 1925 keine neuen Forderungen gestellt werden dürften, einmütig abgelehnt. Infolgedessen fanden am Abend erneut Verhandlungen mit der Generaldirektion der Bundesbahnen statt, die spät abends ebenfalls zu einer Einigung führten.

Notizen.

Um die deutsche Luftfahrt. Gegenwärtig finden in Paris Verhandlungen statt, um die für Deutschland überaus lästige Beschränkung der Luftfahrtsregeln zu beseitigen. Bis jetzt hat Frankreich noch nicht den von Deutschland geforderten Abänderungen der Luftfahrtsbestimmungen des Friedensvertrages zugestimmt. Daher die Meldung englischer Blätter, Deutschland werde bereits nach dem 15. November nur noch fremde Flugzeuge von der Größe und Stärke wie die Deutschland selbst vorzuziehen, das d. n. l. Gebiet überfliegen lassen. Können die Verhandlungen noch vor Ablauf des Jahres zu keinem Erfolg, dann bleibt Deutschland in der Tat nichts anderes übrig, als seinen Grundgedanken zum Ausdruck zu bringen, daß die Begrenzung der Luftfahrtsregeln gelten müssen, zur Durchführung zu bringen. Jede andere Regelung muß naturgemäß die Luftfahrt zu nützen, weil einfachere Flugzeuge die der schon im Luftverkehr betriebenen würden. Die für die Luftverkehrsline London-Berlin getroffene Regelung, bleibt bis zum Ende dieses Jahres in Kraft.

Der zweite Erzberger-Mörder freigelassen. Aus Prag wird gemeldet: Die Entschuldigungen von dem in Prag verhafteten Tillsen ist endgültig ergründet worden. Da die böhmische Justiz berichten ist ohne daß die deutsche Regierung die Auslieferung verlangt hätte, liegt für eine weitere Festhaltung Tillsens kein Grund vor. Da er keine Ausreisepapiere hat, kann ihn jedoch der Aufenthalt in der Tschechoslowakei nicht gehalten werden. — Dentscherichts wird dazu amtlich mitgeteilt, es habe sich ein Kriminalbeamter nach Breßburg begeben, um die Identität des Verhafteten mit dem Erzbergermörder festzustellen. Dals es sich tatsächlich um Tillsen

Kein Scherzstreik in Paris.

ng Paris, 13. November. Der drohende Konflikt im Pariser Zeitungsgewerbe ist am Mittwoch beigelegt worden. Die Arbeiter verlangten eine tägliche Zeitungszulage von 5 Frank. Die Zeitungverleger hatten ihr ursprüngliches Angebot, eine tägliche Zulage von 2,40 Frank, auf 3 Frank erhöht. Damit hat sich die Vertreterschaft der Scherz einverstanden erklärt und mit großer Mehrheit das Angebot der Verleger angenommen.

Die Größung des Scheinparlamentes.

tr Rom, 14. November. Die am Mittwoch abgehaltene Kammer Sitzung war von 280 Abgeordneten besucht. Als erster Redner kam ein Kommunist zu Worte, der die Regierung der Mitschuld an der Ermordung Matteotti bezichtigte. Er wurde deshalb zweimal zur Ordnung gerufen.

Nach ihm hielt der Präsident des Hauses die offizielle Gedächtnisrede für Matteotti, Casarini und Giota. (Siehe Leitartikel.)

Ministerrücktritte in Polen.

es Warschau, 13. November. In Polen sind am Mittwoch der Innenminister, der Arbeitsminister und der Justizminister wegen Differenzen mit den politischen Parteien zurückgetreten.

In Polnisch-Oberschlesien wurden am Montag 50 Kommunistische Agitatoren verhaftet.

Die billigsten Beleidigungen.

ig München, 13. November. Anlässlich des Besuchs des Reichspräsidenten in München am 12. Juli 1922 erlaubten sich mehrere völkische Selbstenbeleidigungen demonstrative Frechheiten gegenüber dem Reichsoberkammerherrn. Gegen elf dieser Personen erhob der Reichsoberkammerherr auf Grund des Neublutschgesetzes Anklage, überwiegt aber später die Angelegenheit an ein ordentliches Gericht in München, das den Zwischenfall durch Strafbefehle zu erledigen suchte. Von den Angeklagten fanden sich neun mit den Strafbefehlen ab, während die beiden Kaufleute Duk und Schierholz Berufung einlegten.

Diese Berufung stand am Mittwoch zur Verhandlung. Die Beschuldigten gaben die Erklärung ab, daß sie mit ihren Frechheiten — z. B. Winken mit einer roten Handtuch — den Reichspräsidenten persönlich nicht hätten beleidigen wollen, sondern nur das System zu treffen beabsichtigten. Das Gericht erkannte gemäß dem Antrag des Staatsanwalts auf Bestätigung des Strafbefehls in der Höhe von 80 Mark für Duk und 60 Mark für Schierholz. (Es bleibt immer wieder erstaunlich, wie billig die Beleidigungen des Oberhauptes eines 60-Millionen-Volkes sind, das sich einbildet, stolz zu sein und Würde zu besitzen. Beleidigt man eine Privatperson, dann wird die Sache weit gefährlicher, weil man sich nicht mehr auf ein System berufen kann. In andern Ländern, die wirklich nationales Selbstbewusstsein haben, ist es gerade umgekehrt. Red.)

Reichswehr und Faschisten.

sp Berlin, 13. November. Die „Vossische Zeitung“ enthält in ihrer heutigen Morgenausgabe Sonderbares über die Reichswehr. Diese bedeutet sich nicht nämlich schon prominenter Faschisten zur politischen Instruktion. So schreibt die „Vossische Zeitung“ unter anderem:

Der rechtsradikale politische Finanzrat a. D. Bang ist eingeladen worden, vor Offizieren der Potsdamer Reichswehr einen Vortrag über das Thema „Die politischen Auswirkungen des Dawes-Gutachtens und der Londoner Vereinbarungen“ zu halten. Die Einladung zu dieser Veranstaltung soll von dem Potsdamer General v. Edelbittel ausgehen.

Handeln sollte, wird auch ein Auslieferungsantrag gestellt werden. — Wenn er erwünscht ist?

Rechtsratprozess in Freiburg. Im Donnerstag beginnt vor dem hiesigen Senat des Stadtgerichtshof zum Schutze der Republik ein für mehrere Wochen berechneter Hochverratsprozess gegen 41 Angeklagte, die sich Verbrechen gegen das Hochverratsgesetz, gegen die Bestimmungen über Wasserbesitz und gegen das Sprengstoffgesetz schuldig gemacht haben. Den Straftaten liegen die Sept.-Mber-Unruhen in den oberbayerischen Städten Wiesental, Börsach, Schöppingen, Abensfeld, Grenzach und Säckingen zugrunde. Zu der Verhandlung sind über 100 Zeugen geladen.

Wien im Zeichen der Republik. Aus Anlaß der Feier des Nationalfestes fanden in Wien überall große republikanische Kundgebungen statt. Vor dem Parlament, wo sich der Bundespräsident und die Regierung eingefunden hatte, veranstaltete das Bundesheer eine große Parade. Beim Abmarsch der Truppen kam es auf dem Wege zu der Kavalleriekaserne mehrfach zu Kundgebungen der Arbeiter gegen zahlreiche Kavallerieoffiziere, die auf ihren Mänteln die Orden der alten österreichischen Armee trugen. Wiederholt griff die Polizei ein und nahm mehrere Verhaftungen vor. Die Verhafteten wurden jedoch bald darauf wieder freigelassen.

Depechen.

Leinert pensioniert.

Ab. Hannover, 13. November. In der gestrigen Sitzung des Bürgervereinskollegiums wurde die Pensionierung des Oberbürgermeisters Leinert beschlossen. Dagegen stimmten die Kommunisten, während sich die Sozialdemokraten der Stimme enthielten. Es wurde dann festgestellt, daß damit die Pensionierung eines Disziplinarbeschuldigten hinwärtig geworden ist.

Feuergefecht im Parlament.

Ab. Newyork, 13. November. Aus Mexiko wird gemeldet, daß der Abgeordnete Louis Morones, einer der bedeutendsten Arbeiterführer Mexikos, und ein anderer Abgeordneter bei einem Tumult in der Kammer, wo nach einer hitzigen Debatte über 200 Schüsse abgegeben wurden, durch Verwundung verletzt worden sind.

Die faschistische „Mehrheit“ bröckelt.

Ab. Rom, 13. November. „Nuovo Paese“ behauptet, daß sich in der Regierungsmehrheit eine selbständige Gruppe von etwa 65 demokratischen Abgeordneten bilden werde.

Die Faschisten geben Klein bei.

Ab. Rom, 13. November. Der faschistische große Rat bedauert in seiner Sitzung von heute nacht die Angriffe auf die Kriegsteilnehmer am 4. November, von wem sie auch immer ausgegangen seien und versichert erneut die Kriegsteilnehmer der brüderlichen Solidarität der faschischen Partei.

Den Wellen preisgegeben.

Ab. Rom, 13. November. Ein altes Schiff ohne Maschinisten, mit 30 Arbeitern besetzt, welches dazu dient, den in der oberen Adria im Krüge gegen Österreich gesunkenen Kreuzer Amalfi zu heben, wurde vorgestern durch einen Sturm von dem Anker losgerissen und treibt jetzt hilflos an der ionischen Küste umher. Mehrere hundert Schiffe mit Lebensmitteln verladen, sind auf der Suche nach dem Schiff.

Fliegerzusammenstoß.

Ab. London, 13. November. Den Blättern zufolge sind am Montag bei Rether-Aben, Grafschaft Wilt, zwei Militärflugzeuge in der Luft zusammengeknallt und abgestürzt. Die Insassen, ein Offizier und zwei Sergeanten, fanden den Tod. Hiermit erhöht sich die Zahl der tödlichen Unfälle bei der Luftstreitmacht in diesem Jahr auf 66.



BARASCH

Magdeburger Molkerei
Gesellschaft m. b. Haftung

Weitere Ermäßigung der Butterpreise!

Unsere
allerfeinste Tafelbutter mit **2.40**

Gute
frische Molkereibutter mit **2.12**

3 billige Tage!

Woll. Kinder-Anzüge 10.25
la. Manschettenhöfen 9.25
Pistolen 9.00
Schlaideden 2.50
Kard eilen 9.25
Woll. Damen- u. Herren-Weiten 9.00

Textilhaus zur
bei Sch. Schächter
Strombrücke
Knochenhauerufer 82
Sonntags von 5 bis 2 Uhr geöffnet

„Brandenburg-Fahrräder“

mit Metall- und Radtrieb von 90 Mark an.
Freizahlung, effizient. 2199

Eigene Reparaturwerkstatt.
Sämtliche Ersatzteile vorrätig!

Wunderling & Knobbe,
Katharinenstraße 5. Tel. 6432.

Auf Kredit

Bettwäsche
in anerkannt guten Qualitäten
in Linon, Damast und bunt.
Inlett echt rot und
leberblau!

Bettdecken in Feinen.
u. Barvent.
Eichdecken, weiß und bunt,
San tücher, Wischtücher
und Taschentücher.

Beize für Kleider.
Flanelle für Hemden.

Gardinen
Kunst-Gardinen | Salzkorn
Rabias, Gamine, Meterware

Damen-Wäsche
v. einfach bis eleg. Ausfüllung.
Satin- und Leinen-Schürzen
Schläper, Reformbekleidung.

Jagdwesten für Herren
in gr. Ausw. in mod. Far. an.

Strickwesten f. Dam u. Herr.
in mod. Far. an.

Strümpfe f. Herren und
Wolle.

Strümpfe f. Damen und
Wolle.

Normalwäsche
Semb. Einjahrbend. Bettwäsche.
Waren für 30.4 = Anzah. 6.4
Waren für 5.4 = Anzah. 1.4
Waren für 7.4 = Anzah. 1.4
Waren für 10.4 = Anzah. 2.4
Waren für 12.4 = Anzah. 2.4
Waren für 14.4 = Anzah. 2.4
Waren für 16.4 = Anzah. 2.4
Waren für 18.4 = Anzah. 2.4
Waren für 20.4 = Anzah. 2.4
Waren für 22.4 = Anzah. 2.4
Waren für 24.4 = Anzah. 2.4
Waren für 26.4 = Anzah. 2.4
Waren für 28.4 = Anzah. 2.4
Waren für 30.4 = Anzah. 2.4

Wäsche-Vertrieb
Magdeburger 2291
Bismarckstr. 14, 1 Tr.
Ede Rohstoffe.
Kredit auch nach auswärts.
Ausweis-papiere sind mitzubringen.
Beifügt durchgeh. v. 9-17 Uhr.

Gut und billig kaufen Sie in

Frühmanns
Etagengeschäft
Breiteweg 87, 1 Treppe
neben dem Bühlgeisen

Sie finden in großer Auswahl:
Eleg. Herren- u. Jünglings-Anzüge,
Alfter, Saitenmäntel, Ueberzieher,
neuester Schnitt, gute Stoffe und beste Verarbeitung, für
jede Figur passend

Summimäntel, Joppen, Chauffeur-
Anzüge, Breeches- u. gestreifte Hosen

Serner führe ich sehr wenig getragene
Maß-Garderobe

nur aus reimpolierten Stoffen hergestellt, mod. in ge. Arbeitet,
aus erstklassigen Schneid. reiten, in tadellosem Zustande.

Großes Lager in
Frack, Smoking-, Gehrock-, Cutaway-, Jackett-
Anzügen, Paletots, Mänteln, gestreiften Hosen
auch für torpulenten Herren passend.

Solide Preise!

Veränderungen werden in e. gner Werkstatt ausgeführt.
Ausgefuchte Sachen werden auch bei der kleinsten
Anzahlung zurückgelegt.

Von Jahr zu Jahr
wird unser

1900 1912 1913 1924

Waren-
Umsatz gewaltiger!

Feldsch. Damen-Stoff-Hand- schuhe, 36 u. 37	95	Damen-Filz-Handschuhe, 36 bis 42 mit Oberfinger, 36 bis 42 mit Oberfinger, 36 bis 42 mit Oberfinger, 36 bis 42 mit Oberfinger, 36 bis 42	1.95
Herren-Filz-Handschuhe, 36 bis 42 mit Oberfinger, 36 bis 42 mit Oberfinger, 36 bis 42 mit Oberfinger, 36 bis 42	2.95	Herren-Filz-Handschuhe, 36 bis 42 mit Oberfinger, 36 bis 42 mit Oberfinger, 36 bis 42 mit Oberfinger, 36 bis 42	3.95
Damen-Handschuhe, 36 bis 42 mit Oberfinger, 36 bis 42 mit Oberfinger, 36 bis 42 mit Oberfinger, 36 bis 42	4.95	Damen-Handschuhe, 36 bis 42 mit Oberfinger, 36 bis 42 mit Oberfinger, 36 bis 42 mit Oberfinger, 36 bis 42	5.95
Herren-Handschuhe, 36 bis 42 mit Oberfinger, 36 bis 42 mit Oberfinger, 36 bis 42 mit Oberfinger, 36 bis 42	6.95	Herren-Handschuhe, 36 bis 42 mit Oberfinger, 36 bis 42 mit Oberfinger, 36 bis 42 mit Oberfinger, 36 bis 42	7.95
Damen-Handschuhe, 36 bis 42 mit Oberfinger, 36 bis 42 mit Oberfinger, 36 bis 42 mit Oberfinger, 36 bis 42	8.95	Damen-Handschuhe, 36 bis 42 mit Oberfinger, 36 bis 42 mit Oberfinger, 36 bis 42 mit Oberfinger, 36 bis 42	9.95

Warum?
Sehr einfach

Wir bringen
keine billigen
Scheinangebote!

Wir halten,
was wir
versprechen!

Wir geben immer
Qualitätsware
für wenig Geld!

PETZON

1 Treppe

Ecke Alte
Ulrichstraße **Breiteweg 165**

Leder-Ausschnitt
Kronens und Häuten
Gast. Hoffmeister, Prätatorstr. 21.

Sie werden es bereuen

wenn Sie nicht die Gelegenheit
wahrnehmen, die wir Ihnen bieten.
Und Sie haben es notwendig, sich
fortzubilden. Sie haben die Mög-
lichkeit dazu, weil wir Ihnen den

Bücherkauf auf Teilzahlung

Es ist Benutzung unter Befristung
ermöglicht. Sie haben jeder Woche
50 Pf. übrig, um sich für die
langen Winterabende mit Be-
lesen zu versehen. Fordern Sie
kostenlos in der

Buchhandlung Volksstimme
Magdeburg, Große Mühlstraße 3.

Für Asthma- und oder Kranke, die mit Zu-
Lungenleidende beratlose, Husten, Seifer-
keit, Bronchial-Katarrh,
u. u. behaftet sind und sich matt und elend fühlen, ist
Finkol-Extrakt (gef. geich.)
das wirksamste Mittel. Süßen, Anisöl und Nachschweiß
lassen schon nach kurzer Zeit nach, die Kräfte verschwinden,
der Appetit wird gesteigert und die Körperkräfte kehren zu-
rück. Täglich Dantischreiben. Verzi. empfohl. Bestandteile:
Guajac Myrox. bals. Alth Verb. Glycyrrh. Preis 8.— Goldmark
Marien-Apotheke Witterteich L. 170 (Bayern).

Die besten **Biere** liefert **Dräger**
Herderstraße 41. Fernsprecher 1358.

Wir haben unsere 2293

Bureau- u. Lagerräume
von Alte Ulrichstraße 17
nach
Gr. Diesdorfer Straße 237
verlegt.

Adolf Fisch & Cie.

Das Stadtparlament ohne Pinfelpartei.

Magdeburg, den 13. November 1924.

Eine umfangreiche Tagesordnung harret der Erledigung. Anfragen und 10 Anträge der Fraktionen sind darunter. Von den Eingaben an die Stadtverordneten-Versammlung sind zu erwähnen die Wünsche der Einwohner des Stadtteils *Notzensee* nach Kanalisation und Wasserleitung, nach Straßenbesserung und Verlängerung der Straßenbahn im Industriegebiet, ferner der Einwohner von *Cracau* und *Preiser* nach Ausführung der Eingemeindungsverträge. Eine Anzahl kleiner Vorlagen wird schnell verabschiedet. Die Magistratsvorlage wegen Uebernahme der Gas- und Stromversorgung der Gemeinde *Dlebenstedt* wird in geheimer Sitzung behandelt. Den ersten Aufenthalt gibt es bei dem Antrag der Demokraten auf Benennung des nächsten größeren Straßenzuges mit

Zeppelinstraße

Die Kommunisten protestieren dagegen; sie meinen, daß erst *Kolumbus* berücksichtigt werden müßte. *Stadtv. Henneberg* (Soz.) gibt die Zustimmung der sozialdemokratischen Fraktion zur Benennung einer Straße nach dem Erfinder des Luftschiffes und erklärt: Wir billigen die Ehre eines Mannes, der im Interesse der Kulturwelt ein großes Werk geleistet hat. Dem Leiter der Stadtverordneten-Versammlung, dem *völkischen Stadtv. Mann*, gibt *Stadtv. Fr. Behrens* (Dem.) den notwendigen Denksatz, als er die nationale Gesinnung der Demokraten anzweifelt

Erhaltung alter Grundstücke

Ein sozialdemokratischer Antrag verlangt vom Magistrat, baldigt Mittel zur Verfügung zu stellen, die zur Wiederherstellung und Erhaltung des vorhandenen Wohnraums gegen hypothekarische Sicherheit an vermögenslose Vermieter auszuliehen werden sollen.

Stadtv. Becker (Soz.) begründet den Antrag: Es gibt Grundstücke, wo Mieter und Vermieter nicht in der Lage sind, die großen Reparaturen auszuführen. Die älteren Häuser haben jahrzehntelange keine Reparaturen kennengelernt. Die Zustände in den Wohnungen solcher Häuser spotten oft jeder Beschreibung. Da ist es notwendig, daß die Instandsetzung solcher gebrechlichen Wohnungen mit öffentlichen Mitteln geschieht.

Gleichzeitig richtet *Stadtv. Becker* im Auftrage der sozialdemokratischen Stadtverordneten-Fraktion die Anfrage an den Magistrat, welche Maßnahmen er für diejenigen *Erwerbslosen* zu ergreifen gedenkt, die ihre Miete nicht bezahlen können. Infolge der geringen Unterhaltungsätze sind die meisten erwerbslosen Familienbäuer nicht in der Lage, ihre Miete an den Hauswirt rechtzeitig abzuführen zu können. Nach § 3 des Mieterschutzes kann der Hauseigentümer Räumungssache anstrengen, wenn der Mieter mit 2 Monate Miete im Verzuge ist.

Zurzeit sind in Magdeburg viele hundert Räumungsurteile ohne Vollstreckungsschutz ausgesprochen, die sich in der Mehrheit auf § 3 des Mieterschutzes stützen. Das Wohnungsamt ist nicht in der Lage, allen zur Räumung Verurteilten eine andere Wohnung zu beschaffen. Durch die Urteile sind die Mieter auch verpflichtet, die Kosten des Rechtsstreits zu übernehmen, haben außerdem noch die Anzugskosten selbst zu tragen. Die erwerbslosen Mieter sind also für ihre unerschöpfliche Erwerbslosigkeit noch bestraft. Die Familien werden dadurch in ein noch größeres Elend gestürzt.

Die Pinfelfraktion läuft davon

Diese sozialdemokratische Anfrage bringt den Rechtsblock in die Gefahr, auseinanderzufallen. Der Volkspartei *Leue* verlangt Vertragung der Sitzung zur Beratung, die bewilligt wird. Die Fraktion der „gecinteten“ Reaktionen ist aber nicht unter einem Hut zu bringen. Die Angst vor den Wahlen ist den Leuten in die Knochen gefahren. Sie scheuen sich, noch vor den Wahlen in aller Öffentlichkeit kundzutun, daß sie in sich zerfallen sind. Da verfallen sie auf den Ausweg, sich von der Verantwortung zu drücken. Sie lassen ihre Anträge im Stiche und erklären, nicht mehr mitzumachen.

Vergeßlich verfährt *Stadtv. Klumböhm* (Soz.), den kopflosen Rechtsparteiern Marzmann, daß es angeht die Räumungsurteile dringend nötig ist, sofort einen Ausgleich zwischen erwerbslosen Mietern und den Hausbesitzern in der Mieteinfrage zu schaffen. Die Pinfelleute sehen auch nicht, daß es sich nur um eine Anfrage, nicht um einen Antrag handelt. Ihr Kopf Doktor Zehle ist nicht da, gleich machen sie die größten Dummeheiten. Als die Dringlichkeit von der Versammlung anerkannt wird, erklären die Rechtspartei durch den *Stadtv. Leue*, daß sie kein Interesse an den Verhandlungen hätten und verlassen den Saal unter dem Gelächter der Stadtverordnetenmehrheit.

Das sind die Leute, die sich der Wählererschaft gegenüber als die weisen Hüter der Interessen der Stadt und der Bürgerschaft aufgespielt haben. Wenn es gilt, praktische Arbeit zu leisten, dann treiben diese Deutschnationalen und Volkspartei aus. Ihre Wähler werden ihnen das heimzahlen am 7. Dezember.

Für die Erwerbslosen Mieter.

Oberbürgermeister Weims erklärt: Es ist selbstverständlich, daß man die Erwerbslosen nicht hilflos läßt. Aber es kann nur auf dem Wege der Wohlfahrtspflege geschehen. Das Wohlfahrtsamt wird alles mögliche tun, um zu helfen. Die Mieter in den alten baufälligen Häusern wohnen in unglücklich schlechten Wohnungen. Die Notwendigkeit und der Wille, ihnen zu helfen, ist da. Wir werden uns die Erfahrungen der andern Städte zunutze machen. Der Magistrat wird prüfen, wie dem weiteren Verfall der Wohnungen entgegenzuwirken werden kann.

Bürgermeister Paul teilt mit, daß die Stadt mit der Hilfe schon den Anfang gemacht hat. 59 kleine Hypotheken sind bereits gegeben worden. Die Reparaturarbeiten werden überwacht.

Kommunisten und Demokraten stimmen dem sozialdemokratischen Antrag zu. Ein Zusatzantrag der Kommunisten wird abgelehnt, nachdem sich die Kommunisten gegen den notwendigen sozialdemokratischen Vorschlag einer Beratung im Kleinwohnungs-ausschuß wandten.

Während die Pressevertreter der reaktionären Blätter „Magdeburgerische Zeitung“ und „Tageszeitung“ die Berichterstattung einstellen, weil ihre Auftraggeber geflüchtet sind, macht sich mit Recht der Demokrat *Koßberg* über das Talent der Rechtsfraktionen, sich zu blamieren, lustig.

Bau einer neuen Schwimmhalle.

Bei dem Mangel an Hallenbädern beantragen die Demokraten durch *Stadtv. Fr. Behrens*, den Bau einer neuen Schwimmhalle in Angriff zu nehmen und 150 000 Mark als erste Baarrate in den Etat 1925 einzustellen. Auch die freiwillige Hilfe der Bürgerschaft wird für die Vollendung des Hallenbades zu haben sein.

Stadtv. Henneberg (Soz.) gibt für die sozialdemokratische Fraktion die Zustimmung und verlangt die Berücksichtigung der jüdischen Stadtteile.

Die Kommunisten stimmen ebenfalls zu. Der einzige Gegner ist der *völkische Man n*, der als einziger „Säule“ der Reaktion im Saale geblieben ist. Zwei überflüssige Anfragen dieses Stadtverordneten werden schnell abgetan.

Die Wünsche der Cracauer.

Die von der Rechtsfraktion eingebrachte Anfrage nach dem Bau der Straßenbahn und der Kanalisierung in Cracau wird von

den Demokraten aufgegriffen. Die Deutschnationalen, die Volkspartei und was sich sonst noch an Vertretern von Interessengruppen in der Rechtsfraktion befindet, haben es nicht für nötig gehalten, diese wichtige Angelegenheit im Stadtparlament zu vertreten. Die Sorgen der Cracauer Einwohner sind ihnen nicht der Vertretung wert genug, die Rechtspartei lassen die Einwohner Cracaus schmecken im Stiche.

Mit Recht rügt *Stadtv. Schüller* (Dem.) solche gräßliche Pflichtverletzung. Die Rechtspartei fühlen sich nicht als Vertreter der gesamten Bürgerschaft, sondern nur eines gewissen Teiles.

Oberbürgermeister Weims: Die Einwohnerschaft Cracaus hat zur angeblichen Vernachlässigung durch die Stadt in einer öffentlichen Versammlung Stellung genommen und dort bittere Vorwürfe erhoben. Das bedarf der Richtigstellung. Die Stadt hat für Cracau getan, was den Umständen nach möglich war. Zu haupten, es sei für Cracau nichts getan, ist falsch. Es sind bereits 696 000 Mark Aufwendungen gemacht worden. Wiederholt hat der Magistrat darauf hingewiesen, daß die Kosten für die Kanalisierung Cracaus im nächsten Etat eingestuft werden. Den Antragstellern ist auch bekannt, daß bereits die Vorarbeiten für die Kanalisierung gemacht worden sind. Die Anfrage kommt also zu spät. Selbstverständlich ist ferner, daß die Straßenbahn gebaut wird. Das kann aber erst nach der Kanalisierung erfolgen, wenn sich das Erdreich wieder gesetzt hat. Dann werden Pflasterarbeiten vorgenommen. Für Cracau ist die Kanalisation notwendiger als woanders.

Stadtrat Landsberg: Die Straßenbahn soll so rasch wie möglich gebaut werden. Die Pläne sind fertig. Na der Eingemeindungsvertrag ist durch die Stadt für Cracau noch verbessert worden, denn die Straßenbahn soll bis Juni 11 durchgeführt werden. Auch der Plan zur Regulierung der Turmchanzstraße liegt vor; die Mittel werden im Etat eingestuft.

Stadtv. Kuhnert (Soz.): Die Rechtsfraktion zeigt durch ihr Verhalten, daß sie keinen Wert auf die Behandlung der Cracauer Wünsche legt. Sie beweist damit, daß sie ihre Anfrage nur aus Agitationsbedürfnis gestellt hat. Wir werden darauf dringen, daß die Zusagen an die Cracauer Einwohner so bald wie möglich erfüllt werden. Die frühere bürgerliche Stadtverwaltung hat schuld durch ihre schlechte Straßenbahnpolitik, daß Cracau nicht schon vor dem Kriege Straßenbahnverbindung bekommen hat. Nach dem Kriege und während der Inflation war es nicht möglich. Bis zur Fertigstellung der Straßenbahn muß ein Liniensverkehr eingerichtet werden.

Stadtv. Dürre (Dem.): Wir haben gehört, daß der Magistrat den Cracauer Wünschen nicht kalt gegenübersteht und daß die Vorbereitungen zur Erfüllung der Wünsche im Gange sind. Unter der früheren Verwaltung ist die Sache nicht so vorbereitet worden.

Der Gemeindefreier

Die sozialdemokratische Fraktion hat folgenden Antrag gestellt:

In der Erwägung, daß erneute Konflikte mit den jüdischen Arbeitern vermieden werden müssen, erucht die Stadtverordneten-Versammlung den Magistrat, bei dem Mitteldeutschen Arbeitgeberverband der Kreise und Gemeinden dahin zu wirken, daß die bei Abschluß des Streiks getroffenen Vereinbarungen loyal durchgeführt werden. Es ist einschneidender Einspruch dagegen einzulegen, daß der Arbeitgeberverband durch Angruppierung in niedere Lohngruppen für einen großen Teil der Arbeitnehmer die Lohnzulage umgekehrt und neuen Konfliktschaffend. Sollte der Arbeitgeberverband durch seine Politik den Frieden zwischen der Stadt und ihren Arbeitern gefährden, so wird der Magistrat erucht, im Interesse des Wohles der Gemeinde aus dem Verbands auszuscheiden.

Stadtv. Kaulfers (Soz.) bemängelt mit Recht die Unklarheiten und Auslegungsmöglichkeiten in dem Einigungsabtrag des Reichsarbeitsministeriums. Wenn die Arbeiter diesen Friedensvertrag angenommen haben, so zeugt das wirklich von großer Friedensliebe. Nun dürfen aber auch keine Schwierigkeiten bei der Durchführung vom Magistrat und Arbeitgeberverband gemacht werden. In einer neuen Sitzung kann doch die Stadt kein Interesse haben.

Stadtv. Wittmann erklärt, daß der Magistrat alle Schwierigkeiten und Reibungen aus der Welt schaffen will. Der Magistrat hat sich nicht mit Haut und Haaren dem Arbeitgeberverband verschrieben.

Stadtv. Wachtendorf (Soz.) gibt eingehend Aufschluß über den Streik. Er verteidigt die Arbeiter gegen den Vorwurf, daß sie schuld an dem Streik seien. Sie haben den Kampf führen müssen nicht gegen den Magistrat, sondern gegen den Arbeitgeberverband. Der Streik ist von den Arbeitern so geführt worden, daß die Interessen der Stadt nicht gefährdet wurden.

Oberbürgermeister Weims: Die Dinge sind abgeschlossen. Jetzt nach den Schuldnern zu suchen, ist nutzlos und schafft nur neuen Konfliktstoff. Unbilligkeiten läßt sich der Magistrat nicht vom Arbeitgeberverband gefallen.

Die Kommunisten benutzen natürlich den Gemeindefreierstreik ausgiebig zu Agitationszwecken und haben einen langen Antrag auf Auskunft über alles mögliche eingebracht. Ohne Beweise vorzutragen, bringt ihr Sprecher *Kahner* ungeheuerliche Anschuldigungen gegen die Technische Hochschule vor und verlangt, daß *Bürgermeister Paul* seines Amtes enthoben wird. Nach langem Hin und Her zwischen Kommunisten und Magistratsvertretern, die die Behauptungen zurückweisen, erklärt *Oberbürgermeister Weims*, daß die ganze Haltung der Kommunisten darauf ausgeht, sich nach außen zu blaffen. Das gelinge ihnen aber nicht. Mit solchen unsachlichen Anträgen können sie nichts erreichen. Der sozialdemokratische Antrag wird angenommen.

Erweiterung des Flugplatzes.

Die Rechtsfraktion hat auch an der Förderung des Flugverkehrs kein Interesse, denn sie hielt es nicht für nötig, bei der Verzinsung dieser wichtigen Sache anwesend zu sein. Sie hatte auch den Berichterstatter zu stellen, den *Stadtv. Hennige*. Er kam dieser Pflicht nicht nach. Für ihn muß der Magistratsvertreter, *Stadtv. Wittmann*, die Berichtserstattung übernehmen. Wir haben über die Erweiterung der Flugplatzanlagen bereits in der „Volksstimme“ berichtet. Es handelt sich um den Bau einer neuen Flugzeughalle, die Einbebauung von Gelände und die Pflasterung des Zugangsweges. Der Magistrat will die Arbeiten als kleine Notstandsarbeiten berichten lassen.

Stadtv. Kaulfers (Soz.) ist mit der Vorlage an sich einverstanden, macht aber die Zustimmung der sozialdemokratischen Fraktion davon abhängig, daß tarifmäßige Bezahlung erfolgt. Die Vorlage wird mit dieser Forderung angenommen.

Stellvert. Stadtv. Wärscher Giers macht darauf aufmerksam, daß die Militärbehörde die nationalen Verbände nicht daran hindert, den Cracauer Anger zu Übungen zu benutzen, aber dem Reichsbanner das Betreten des Cracauer Angers verboten hat. Wir müssen verlangen, daß die Unparteilichkeit gewahrt wird.

Stadtv. Lange (Soz.): Es ist ein unerträglicher Zustand für die Stadt, daß der Anger nicht ihr Eigentum ist. Man scheint bei der Reichswehr das Reichsbanner besonders iraten zu wollen.

man hat sogar den Reichsbannerleuten verboten, einzeln den Cracauer Anger zu betreten. Dieser einseitige Standpunkt der Militärbehörde ist kleinlich. Der Magistrat muß seine Bemühungen fortsetzen, den Anger zu bekommen.

Oberbürgermeister Weims glaubt nicht, daß die Militärbehörde irgendwelche Anregungen des Magistrats beachten wird. Hat sie doch nicht mal das Gelände am *Friedelazert*, zur Aufzucht für die Stadt zur Erwerbung übergeben.

Die Aufwertung der Sparanlagen.

Die sozialdemokratische Fraktion hat folgenden Antrag eingebracht:

Die Not vieler Rentner ist bei der steigenden Teuerung außerordentlich groß. Tausende kleiner Sparrer sind um den Betrag ihrer Arbeit und Spararbeit gebracht und nun im Alter der bittersten Not ausgeliefert. Die Stadtverordneten-Versammlung ersucht deshalb den Magistrat, sofort Mittel zur Verfügung zu stellen, um zunächst die Einlagen aller Sparrer, deren Einkommen nicht 3000 Mark überschreitet, aufzuwerten.

Stadtv. Bach (Soz.) begründet den Antrag: Das Aufwertungsproblem ist sehr schwierig zu lösen. Alle Spararbeit der kleinen Leute, die gedacht haben, um im Alter nicht mittellos zu sein, ist umsonst gewesen. Das haben sie der so viel gelobten bürgerlichen Regierung zu verdanken. Die moralische Verpflichtung des Magistrats hat eine Grenze in ihrer Ausführung, die auf die Finanzlage der Stadt Rücksicht nehmen muß. Das Mögliche an Aufwertung aber muß geschehen. Dies ist auch deshalb nötig, um das Vertrauen in die Sicherheit der städtischen Sparkasse zu wecken. Die Kommission zur Prüfung der Aufwertungsfrage muß sofort zusammentreten.

Stadtv. Dr. Lefing (Soz.): Die Stadt hat die Verpflichtung, mindestens in Notfällen den Sparern entgegenzukommen.

Stadtv. Horn (Dem.) erklärt, daß die demokratische Fraktion dem sozialdemokratischen Antrage sympathisch gegenübersteht und beantragt Kommissionsberatung. Es wird so beschlossen.

800 Kleinwohnungen.

Das in der „Volksstimme“ bereits veröffentlichte großzügige Bauprogramm der sozialdemokratischen Fraktion wird vom *Stadtv. Klumböhm* (Soz.) eingehend erläutert. Es ist keine Zeit mehr zu verlieren, um die von den Sozialdemokraten geforderten Maßnahmen für den Wohnungsbau in Angriff zu nehmen. Es ist möglich, die Mittel für 800 Wohnungen zu beschaffen. Diese Mittel müssen durch das Wohnungsbauamt zusammengebracht werden. Es muß sofort an die Arbeit herangegangen werden.

Oberbürgermeister Weims: Der Magistrat ist entschlossen, für das im sozialdemokratischen Antrag enthaltene Bauprogramm einzutreten. Es müssen so viel Wohnungen gebaut werden, wie irgend möglich ist. Der Verzicht von Siedlungen und Wohnbauten aber muß entgegengetreten werden. Es muß ein einheitliches Stadtgebiet geschaffen werden. Die Läden in der Bebauung müssen ausgefüllt werden. Im Zuge der Diesdorfer Straße ist haareißes Gelände genug vorhanden. Aus Hofgärten, Reform und Landsdorf muß nach und nach ein Stadteil werden, der dann mit der Straßenbahn verbunden werden soll.

Stadtv. Lange (Soz.): Wenn wir die Bauwirtschaft beleben wollen, müssen wir recht früh anfangen, sonst bleibt wieder der ungeliebte Zustand, daß die Bauten über Winter liegenbleiben. Eine vorzügliche Wohnungswirtschaft ist nur möglich, wenn rechtzeitig Mittel beschafft werden. Ohne öffentliche Mittel können wir nicht auskommen. Durch die verkehrte Politik im Bauwesen sind dem Baugewerbe viele Facharbeiter verlorengegangen.

Stadtv. Klumböhm (Soz.): Wenn uns die Hauszinssteuer nicht mehr für den Wohnungsbau zur Verfügung steht, dann wird die Wohnungsbauabgabe an ihre Stelle treten. Die Mittel werden also da sein.

Der sozialdemokratische Antrag geht an den Kleinwohnungs-ausschuß, ebenso ein kommunistischer in der gleichen Angelegenheit.

Vom Rest der Tagesordnung ist noch zu erwähnen ein Agitationsantrag der Kommunisten für die Erwerbslosen, zu dem der *Oberbürgermeister* die Erklärung abgibt, daß nach den gesetzlichen Bestimmungen mit den Vorschlägen der Kommunisten praktisch nichts anzufangen ist, daß der Magistrat aber nach wie vor alles tun wird, was in seinen Kräften steht, um die Not der Erwerbslosen zu lindern. Dann wird der Vorschlag der Kommunisten, den Arbeiterorganisationen für Bildungszwecke geeignete städtische Räume unentgeltlich zur Verfügung zu stellen, dem Ausschuß überwiesen. Eine Anfrage der verschmundenen Rechtspartei über den Verkauf von Blumen durch die städtische Gartenverwaltung auf den Friedhöfen wird vom Magistrat dahin beantwortet, daß kein Grund zur Aufregung vorliegt. Bewilligt werden noch 15 700 Mark für den Anschluß der Gartenstadt Reform an das Netz des städtischen Elektrizitätsnetzes.

Auflösung des Stadtparlamentes?

Zum Schluß gibt *Stadtv. Klumböhm* (Soz.) für die sozialdemokratische Fraktion folgende Erklärung ab: Die Rechtsblockfraktion, die sich gegen unsern Widerspruch als stärkste Fraktion bezeichnet, hat sich in richtiger Würdigung der gegenwärtigen politischen Situation als arbeitsunfähig erwiesen. Es hat den Anschein, als ob die Rechtsfraktion der „Einheitsliste“ so durcheinandergeraten ist, daß sie es für zwecklos hält, im Stadtparlament weiter mitzuarbeiten. Sollte sich dieser Vorgang wiederholen und eine immerhin starke Gruppe so kopflos geworden sein, daß sie nicht mehr mitwirken kann, so halten wir eine baldige Auflösung des Stadtverordneten-Versammlung für nötig.

(Fortsetzung des redaktionellen Teiles nächste Seite.)

Hauswirtschaftliches.

Wenn je die Hausfrau darauf bedacht war, ihren Wäschebestand in fürsorglicher Obhut zu nehmen, so in dieser teuren Zeit, in der die kostbaren Wäschestücke kaum noch zu ersetzen sind. Sie ist sich dessen bewußt, daß die Lebensdauer ihres Wäschebestandes abhängig ist von seiner Behandlung, vor allen Dingen von seiner Behandlung bei der Wäsche. Mit Recht vermeidet die kluge Hausfrau deshalb alle Reinigungsmittel, die nachteilig auf die Gewebefaser einwirken können und wählt vorzuziehenderweise nur ein solches Erzeugnis, das volle Gewähr bietet für größte Schonung ihres treu behüteten Wäschebestandes. Als ein wirklich vorzügliches Waschmittel wird Dr. Thompsons Seifenpulver (Marke Schwan) empfohlen. Es erfüllt alle Voraussetzungen, die an ein Waschmittel bester Qualität gestellt werden. Besonders schon und erhält es die Gewebefaser, da keinerlei schädliche Bestandteile in ihm enthalten sind und es nur aus den besten Rohstoffen hergestellt ist. Vorzügliches Waschmittel wird Dr. Thompsons Seifenpulver (Marke Schwan) empfohlen. Es erfüllt alle Voraussetzungen, die an ein Waschmittel bester Qualität gestellt werden. Besonders schon und erhält es die Gewebefaser, da keinerlei schädliche Bestandteile in ihm enthalten sind und es nur aus den besten Rohstoffen hergestellt ist. Vorzügliches Waschmittel wird Dr. Thompsons Seifenpulver (Marke Schwan) empfohlen. Es erfüllt alle Voraussetzungen, die an ein Waschmittel bester Qualität gestellt werden. Besonders schon und erhält es die Gewebefaser, da keinerlei schädliche Bestandteile in ihm enthalten sind und es nur aus den besten Rohstoffen hergestellt ist.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 14. November 1924.

Die Pinfelliste auf der Flucht.

Die völkisch-deutschnational-völksparteiliche Pinfelfraktion, ein Gemisch von Unfähigkeit und Komik letzter Sorte, besteht im Magdeburger Stadtparlament seit der Wahl vom 4. Mai. Sie ist zusammengeklüppelt worden von kommunalpolitischen Oberstiechern, die ein Machtmittel für ihren persönlichen Ehrgeiz haben wollten. Sachliche Bindungen gab es niemals zwischen den Männern um Greiner, den Judenreißer, und der bunten Gesellschaft um Müller und Zehle. Es war eine Knüppelgarde, zu dem Zwecke gebildet, der Sozialdemokratie im Rathaus die Führung zu nehmen, ihr das kommunalpolitische Wirken unmöglich zu machen.

Die Pinfelfraktion hielt nicht einmal einen Tag in ihrer ursprünglichen „Größe“ zusammen, die Sozialdemokraten brachten sie schon in der ersten Sitzung nach den Wahlen so gründlich durcheinander, daß ihr großer Kleistermeister entsetzt die Hände rang. Dann ging es weiter hübsch drunter und drüber in der Fraktion der „Einheit“, der bürgerlichen „Gemeinschaft“. Die Völkischen machten die Fraktion zu Zuhenschulen, es gab lange Wende mit entsetzlichen Redeblatzen, Grobheiten und Verhöhnungen. Schließlich schwamm ein Teil der Völkischen in aller offiziellen Form ab, was übrigblieb, waren im Grund auch nur Broden. Die bürgerliche Einheitsfraktion, die einen ganz neuen Geist ins Rathaus tragen, sozialdemokratische Beamte abbauen, das Rathaus wieder gut bürgerlich grau anstreichen sollte! Sie hat zu jeder Stunde Beweise dafür gegeben, daß sie nichts kann, nichts weiß, hilflos allen Fragen der Zeit gegenübersteht und eigentlich im Stadtparlament ganz überflüssig ist.

Während sie scheint es bei ihr selbst zu dämmern, daß sie nicht ins Stadtparlament hineingehört und der Stadt am meisten nützt, wenn sie abgeht durch die Mitte. Am Donnerstag ist sie abgegangen. Nicht nur bildlich, sondern in des Wortes tatsächlicher Bedeutung, wirklich und körperlich sind sie verschwunden. Sie standen plötzlich auf, die Stadtväter und Stadtmütter, nahmen ihre Mappe und gingen. Keiner sagte auf Wiedersehen. Nur Herr Mann, der unentwegte Völkische, er aber kein Pinzel mehr sein will, blieb rechts sitzen und redete noch manches Mal „im Namen seiner Freunde“, die alle zu Hause bei Müttern oder in der Stammschneipe saßen. Die gewissenhaften, pflichtbewußten Stadtväter!

Die Pinfelfraktion wollte nicht mehr mitmachen, weil die Sozialdemokraten eine Anfrage an den Magistrat gestellt hatten, die den Pinfellisten zu schnell kam, obgleich sie gedruckt jedem Stadtvater auf den Tisch gelegt worden war. Die Pinfelleute ärgerten sich darüber, daß für diese Anfrage die Dringlichkeit anerkannt wurde. Sie meinten, das sei nur Wahlmacherei, deshalb reißten sie lieber aus. Wie Kinder, die im Spiel eine Niederlage fürchten und heulend davonlaufen.

Die sozialdemokratischen Anfragen und Anträge behandelten aber äußerst dringliche und wichtige Probleme. Sie mußten behandelt werden. Wenn die Pinfelmänner nicht darauf gekommen waren, Anträge zu den Fragen zu stellen, die in der Luft lagen, sintemalen sich die Intelligenzen und „Köpfe“ um Müller, Zehle und Dr. Greiner durch eine außergewöhnliche lange Leitung auszeichnen, so darf doch die Stadt nicht unter diesem Mangel leiden. Die Richter haben aber auch ihre eigenen Anträge im Stiche gelassen. Von ihrer Seite war die Anfrage schon vor Wochen gekommen, wann Gracau und Preiser Kanalisation und Straßenbahn bekommen sollen. Sie hatten um diese Fragen schon einen erheblichen Spektakel gemacht. In öffentlichen Versammlungen drohten sie dem Magistrat mit einem fürchterlichen Strafgericht. Als die Gerichtsstunde schlug, waren die heftigsten Richter verschwunden. Die Demokraten nahmen die Anfrage auf und erfüllten damit eine selbstverständliche Pflicht der Bürgerchaft gegenüber. Denn sie gaben dem Magistrat nun die Möglichkeit, der Öffentlichkeit mitzuteilen, wie es steht mit dem Kanalbau und dem Straßenbahnprojekt. Die Pinfelfraktion in ihrem politischen Unverständnis wird aber nicht einmal Verständnis für diese Freundlichkeit haben, sie wird zetern darüber, daß ihr die Demokraten einen fetten Happen weggeschluppt haben.

Mit der Pinfelfraktion zog auch die „Magdeburgerische Zeitung“ und die „Tageszeitung“ aus. Sie haben damit auch demonstriert — was jeder Politiker schon wußte —, daß sie keine Organe der Gemeinde sind, sondern Fraktionsblätter der Pinfelleute. Sie kennen keine Allgemeininteressen, sondern nur den Auftrag der Preise, die die Wahl der Pinfelliste finanziert haben. Die „Magdeburgerische Zeitung“ sucht die jämmerliche Flucht der Pinfelfraktion noch zu verteidigen. Sie spricht von sozialdemokratischen „Anträgen“, die der Anlaß zur Flucht der Pinfelfraktion gewesen sein sollen. Sie redet ferner von einer Vergewaltigung des Bürgeriums durch die Linke. Es muß festgestellt werden, daß es sich bei dem räuberischen Verschwinden der Pinfelleute um eine sozialdemokratische Anfrage handelte. Die Erklärung des Reichstages ist geschwunden, daß sie flüchteten. Zu dem Jammergeheul von der Vergewaltigung des Bürgeriums sei bemerkt, daß die partei Radikalfraktion, die sich als die stärkste des Stadtparlaments bezeichnen, doch ein Kammergebilde sein muß, zusammengesetzt von Schwächlingen und Nichtswennern, wenn sie sich von der Linken im Handumdrehen bergewaltigen läßt.

Der Stadtmarsch.

Unter diesem Namen bezeichnet ganz allgemein der Magdeburger jenes Gelände am östlichen Ufer der Elbe, das sich von der südlichen Ecke der Zandelle bis zu dem früheren Mühlhüterischen Garten, dem jetzigen Ausgangspunkt der Sternbrücke, erstreckt.

Der den Stadtmarsch von früher her kennend und jetzt diese Uferstraße entlang wandernd, ist erstaunt über die gewaltigen Veränderungen, die sich in wenigen Jahrzehnten an dieser Stelle Magdeburgs vollzogen haben. Zu der Zeit, als es noch keine Straße gab, pulsierte am Stadtmarsch ein außerordentlich bewegtes Leben. Abgesehen von einigen Schenkensbuden in der Neuzeit, erfolgte vom Stadtmarsch aus die völlige Versorgung der Bewohner Magdeburgs mit böhmischem Braunkohlen. Hier lagen, oftmals in doppelter Reihe, beständig und breit die Käufe, die Magdeburg die köstlichen Braunkohlen zuführten. In den Sommermonaten herrschte hier tags und nachts

früh am Hochbetrieb. Auf schwankender Bohle wurden die Karren, einen halben Zentimeter Kohlen fassend, von halbnackten Arbeitshyplophen zu Lande geschoben. Wurde das Heizmaterial nicht sofort am Ufer auf den dort befindlichen Halben zur Abfuhr ausgeschüttet, ging es auf dem schwankenden Stellwerk weiter in die

Sozialdemokratische Partei

Bezirk Friedrichstadt-Werder. Wahlleiter und Zu-Hilfener müssen heute Freitag die Flugblätter für Friedrichstadt vom Genossen Karl Strobel, Kirchstraße 4, für Werder vom Genossen Arthur Schwarz, Weidenstraße 4 abholen. — Am Montag den 17. November, abends 8 Uhr Mitgliederversammlung im „Tivol“ (früher „Zentralhalle“). Referent: Oberbürgermeister Genoss. Weiss.

Bezirk Leimbörsdorf. Am Montag den 17. November, abends 8 Uhr, Frauen-Vorversammlung im „Reinholders Hof“.

Bezirk Süd. Am Dienstag den 18. November, abends 8 Uhr Frauen-Vorversammlung in der „Vedwede“, Fürstenwall. Referent: Genossin in Aktion.

Arbeiterwohlfahrt. Am Donnerstag den 20. November, abends 8 Uhr, Vorstandssitzung im Partei-ureau.

riefigen Kohlenhöfen, die das ganze Hintergelände bedeckten. Unausführlich rollten die hochbeladenen Wagen vom Stadtmarsch über die Sternbrücke der Stadt zu. Am Ufer standen zu Tausenden die Arbeiter, die sich bei jeder Fuhr Kohlen, die dort vorbeifuhr, als Träger anboten. Der Volksmund in Magdeburg hatte diese Gelegenheitsarbeiter fälschlicherweise mit dem Ausdruck „Sonnenbrüder“ bezeichnet.

Jetzt ist es da draußen still, auffällig still geworden. Das urwüchsiges Leben, das sich in den drei damaligen Lokalen: „Brennbock“, „Schweinigel“ und „Blotte“ abspielte, ist verschwunden. Verschwunden sind auch die nicht unbedeutenden Vermögen, die in diesen jogen Goldgruben in wenigen Jahren angesammelt werden konnten. Verschwunden sind die Ladefahrer, die Stegwerke und — die Menschen, die von früh bis spät ihre Lasten schoben und dabei in den genannten Lokalen zu Frühstück verstanden wie sonst kam ein anderer Magdeburger. An der Stelle, wo die Kohlenkarren früher schafften, stehen Kräne, die die menschliche Arbeitskraft ausgeglichen und beseitigt haben.

Geblichen ist nur die Erinnerung an eine Zeit, die bei aller Urwüchsigkeit mit einem Schimmer von natürlicher Poesie umwoben war.

— Vom Arbeiterverein Kinderfreunde Magdeburg wird uns geschrieben: Am Montag den 17. November, abends 8 Uhr, findet in der Eitha-Schule (Bismarckstraße, Ecke Traniensstraße) unsere Aussprache über „Kirche und sozialistische Erziehung“ statt. Außer unsern Helfern laden wir dazu auch unsere Mitglieder und Freunde sowie überhaupt unsere Frauen und Genossinnen ein. Vom gleichen Tag ab halten wir jeden Montag nachmittags von 5 bis 8 Uhr (am 17. November von 16 bis 18 Uhr) Bureaustunden im Bureau, altes Polizeipräsidium, 1. Stock links (Neue Ulrichstraße) ab. Dort werden künftig alle geschäftlichen Vereinsangelegenheiten einschließlich Umlieferung der Beiträge erledigt sowie Auskünfte an unsere Helfer, Mitglieder und sonstige Interessenten erteilt. Wir weisen darauf hin, daß unsere Mitteilungen nicht nur im Lokalen Teile der „Volksstimme“, sondern auch unter unserm Vereinsnamen (besonderer Kopf) in Kleindruck an besonderer Stelle bekanntgegeben werden.

Ab 15. bis 22. November

in der Zeit von 9 Uhr vormittags bis 6 Uhr abends liegen die

Wählerlisten

in den Verwaltungsbureaus der einzelnen Stadtteile aus. Sonntags von 9 Uhr vorm. bis 2 Uhr nachm.

Geht die Wählerlisten ein, es kommt auf jede Stimme an!

— **Silbungsarbeit der Magdeburger Volkshöhe.** Die Mitgliederzahl der Magdeburger Volkshöhe hat sich in der letzten Zeit erheblich gesteigert. Allein ein Abend im Wilhelm-Theater fand zur Durchführung der Abonnementkarte im Monat November notwendig. Die zur Ausführung kommenden Stücke streifen auf anerkannter literarischer Höhe und verdienen ihre Zugkraft auf Augenwache nicht. Das Wilhelm-Theater ist nicht zuletzt durch die Veranstaltung der Volkshöhe zu einer Stätte geworden, in der die Pflege der geistigen Kultur zu ihrem Rechte kommt. Die Volkshöhe darf deshalb zurecht auf immer weitere Ausbreitung des von ihr vertretenen Gedankens hoffen, weil Arbeitspreis der Einzelkarte von 1 Mark pro Abonnement und Monat auch weiten Kreisen der nichtbesitzenden Bevölkerung zugänglich die Teilnahme gestattet. Damit ist der gesamten Magdeburger Bevölkerung in idealer und materieller Beziehung ein gutes Theater geboten. Neben den Präzisionsvorstellungen füllen eine Reihe von Sonderveranstaltungen das Monatsprogramm der Volkshöhe. Besondere Aufmerksamkeit verdient die Durchführung eines Serienvortrags von Oberstudiendirektor Dr. Weidel über „Der deutsche Geist der Weimarer“ in 10 Abenden in der Aula der Hochschule. Eine Gelegenheit der Wissensverbreitung auf der verschiedensten Gebieten der Geschichte ist damit jedem Interessierten gegeben. Der Besuch dieser Vortragsreihe ist deshalb sehr zu empfehlen. Das Abonnement für die ganze Serie beträgt 8 Mark und kann auf Wunsch in zwei Raten gezahlt werden. Die Karten sind in der Verhandlung Volksstimme und bei Heinrichshofen. Der erste Abend ist am Freitag den 21. November.

— **Verlegung des Wochenmarktes.** Der Polizeipräsident teilt mit, daß der auf den Tag- und Freitag — 19. November — fallende Wochenmarkt auf dem Alten Markt am Dienstag den 19. November verlegt ist.

Reichsbannerleute, auf nach Braunschweig!

Am Sonntag den 16. November 1924
Republikanischer Tag in Braunschweig!

Kommunen, die sich beteiligen wollen, fahren Sonntag früh mit dem 3. Zug 5.35 Uhr ab Magdeburg (Sauptbahnhof).

— **Unfall.** Dem Arbeiter Karl Kramer, Schuppenweg 12 wohnhaft, fiel bei einem Kranbau der Kohlen-L.-G. im Industriegelände ein Balken so unglücklich auf den Kopf, daß der Tod bald darauf eintrat.

— **6 Grad Celsius unter Null.** Nachdem der Herbst sich bisher einigermaßen wohlwollend benommen hatte, zur Freude der Bauhandwerker und jener Zeitgenossen, denen es an dem nötigen Heizmaterial gebricht, zeigte er heute zum ersten Male die Zähne. Bei gereiften Dächern und 6 Grad unter Null, in den Außenbezirken sollen es sogar schon 8 Grad gewesen sein, deutete er an, daß sein Nachfolger, der Winter, nicht mehr lange auf sich warten lassen wird. Dabei schien die Sonne tagsüber mit einer Freundlichkeit, als wenn sie sagen wollte: Nur keine Angst, so kalt bleibt es noch nicht! Es darf auch noch nicht so bleiben! Noch gibt es jubel Arbeit im Freien zu verrichten. Noch gibt es bei der herrschenden Arbeitslosigkeit jubel Kellerräume, die auf die Füllung mit Brennmaterial warten. Deshalb nicht so eilig, Herr Herbst, mit dem harten Frost!

— **Frei Zöde (Berlin),** der tätige Anwalt einer Erneuerung des Volkslebens durch Musik, weilt am Sonnabend und Sonntag in Magdeburg. Er spricht in der Aula der Hochschule über „Wiedererweckung der Melodie“. Damit verbunden sind praktische Übungen mit Lehrern und Schülern. Die Vorträge beginnen am Sonnabend um 11 Uhr vormittags, am Sonntag um 9 Uhr vormittags. Teilnahme 1 Mark.

— **Feuer.** In Rothensee auf dem Grundstück der Witwe Karsten in der Heinrichsberger Straße sollte am Freitag vormittags ein in einer Scheune befindlicher Drumm aufgetaut werden. Die aufschlagende Flamme griff auf das Gebäude selbst über und setzte die in dem obern Geschoss lagernde Heumenge in Brand. Die gegen 8 Uhr alarmierte Ortsfeuerwehr Rothensee bekämpfte das Feuer mit drei Schlauchleitungen und verhinderte das Weitergreifen auf das ganze, in Fachwerk erbaute Gebäude. Ein zur Hilfe herbeigerufener Löschzug der Berufsfeuerwehr brauchte nicht mehr einzugreifen.

— **Falsche Verhaftung.** Zu den in den Berliner Tageszeitungen bekanntgegebenen Verhaftungen zweier Kriminalbeamten der Spritzentrale Berlin wird, um hier im Umlauf befindlichen falschen Gerüchten entgegenzutreten, mitgeteilt, daß die in Magdeburg tätigen Beamten gleichen Namens, Kriminaloberinspektor auf Probe Peters und Kriminalassistent Behrer, nicht mit den obengenannten Berliner Beamten personengleich sind.

— **Brand in einer Lackfabrik.** Am Freitag vormittags um 10 Uhr wurde die Feuerweh nach der Lackfabrik von Schwarz, Große Diesdorfer Straße 210, gerufen. Durch Überhitzung war der Inhalt von drei Kesseln in Brand geraten. Mit drei Schlauchlinien wurde der Brand, trotz starker Rauchentwicklung, nach einstündiger Tätigkeit gelöscht. Die Abkühlung des Brandherdes nahm noch einige Zeit in Anspruch.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Aktion: Bund. Am Sonntag den 16. November, vormittags 10 Uhr, Mitgliederversammlung in den U.-S.-Lichtspielen, Schönefelder Straße. Vortrag des Kameraden O. Winger.

Arbeiterverein Kinderfreunde Magdeburg

Montag, 17. November, abends 8 Uhr, Eitha-Schule, Bismarckstraße, Ulrichstraße: „Kirche und sozialistische Erziehung“. Bureau den Montag von 5 bis 8 Uhr, Neue Ulrichstraße, altes Po. präsidium 1. Stock links.

Theater, Konzerte, Vorträge zc.

Die große Gipsfeststellung des Gauverbandes findet diese Woche vom 14 bis 16. November statt in Halle „Land und Stadt“ 2500 Tiere. Fahrkarte Briesenbenstation im Betrieb.

3. und 4. Straßburger. Samstag 7 1/2 Uhr, Sonnabend und Sonntag auch 9 1/2 Uhr, das internationale für unsern Stamm. Sonnabend nachmittags 3 Uhr halbe Preise. Samstag 10 bis 11 Uhr Theater und Probe.

Aufführungen über. Sonntag den 15. November abends 8 Uhr, Vortrag Professor Fritz Zöde Berlin über „Jugend, Kunst und Gott“ im Gewerbe-Zug-Abend. Sonntag den 16. November, nachmittags 5 Uhr, Kirchenmusik in der Katharmentirche.

Aus der Gewerkschaftsbewegung.

Faschismus und Gewerkschaften.

In Italien hat sich wieder eine freigewerkschaftliche Organisation der Metallarbeiter gebildet. Sie gibt ein Monatsblatt heraus, von dem die Metallarbeiterzeitung sagt:

In einem eindringlichen Manifest wendet sich der neue Verbandsvorstand (Comitato Centrale) an die Kollegen, sie aufzuerwecken, ihre Jagdtätigkeit abzulegen und sich den Organisationen wieder anzuschließen. Auch sonst ist die neue Zeitung, die so groß ist wie die „Metallarbeiter-Zeitung“, reich an trefflichen Aufsätzen. Die in früherer Zeit beliebte überschwengliche Sprache ist, guttlos, nicht zu finden, sondern die Verhältnisse und Aufgaben werden in kühler Sachlichkeit und darum sehr wirksam auseinandergesetzt.

Vermögenswert ist in dem Maße — „Il Metallurgico“ — ein Bericht der Turiner Gruppe des Verbandes, der besagt:

Die Verhältnisse wenden sich zum Besseren. Unsere Verwaltungsstelle ist mit der Masse in Fühlung gekommen. In den meisten Unternehmen haben sich Gruppen gebildet. In allen wichtigen Betrieben entfallen bei den Wahlen für die Arbeiterausschüsse die meisten Stimmen auf unsere Kollegen, nämlich:

Metallarbeiter-Verband	Faschisten	
Stimmen	Stimmen	
Fiat, Metallindustrie	840	130
Alapereola-Werksstätten	418	91
Fiat, Mechanik	39-5	780
Fiat, Wagenbau	1476	271
Fiat, Zentrale	460	128
Arnaldo Romilio	468	66
Zylindergießerei	151	—
Bedarida	99	34
Roncenisio	164	—

Zusammen = 680 = 81 v. S. 1500 = 15 v. S.

Man begreift daher die Anstrengungen des Faschismus, wie sie sich bei Unterjochung des Streikes der Bergarbeiter zeigen, die Arbeiterchaft auf seine Seite zu bekommen. Es wird ihm nicht gelingen.

(Fortsetzung des redaktionellen Teiles nächste Seite.)

Stadttheater.

Mit fester Liebe und Sorgfalt hat sich die künstlerische und technische Leitung um die Aufführung der Oper „Ariadne auf Naxos“ die Sonntag den 16. November ermuntert, die in Szene setzt, gemüht. Das Werk stellt die feinsten Anforderungen an den künstlerischen und technischen Apparat einer Bühne.

Zeit Wochen wird in sämtlichen Werkstätten des Stadttheaters an der durchaus neuen Ausstattung gearbeitet. Bühneinspektor Gustav Schulze und Bühnenmalter Edmund Werner haben das Szenario und Dekorativ für unsere Bühne geübt. Besonders schön erachtet der Architekt, die in unsern Köpfen wurden nach Entwürfen des Gauderobenspektors Kurt Palm in der Szene derer des Stadttheaters verfertigt, während die neuen Perle- Schöpfer des Kreisbauers Richard Heffert sind. Die bedeutungsvolle Einrichtung ist vom Bauinspektor Erich Krüger ausgeführt.

Aerzte

Kaisers Brust-Caramellen
mit den 3 Tannen

Gegen Husten Katarrh

empfehlen als vortreffliches Hustenmittel
Kaisers Brust-Caramellen
mit den 3 Tannen. Millionen gebrauchen sie gegen Husten, Heiserkeit, Katarrh, Schreuzen, Hals, Verschleim, Keuchhusten als Vorbeugungsmittel bei jeder Erkältung. 2000 maler. bogl. Erhältungen. 7000 maler. bogl. Erhältungen. bürden den sichern E-volg. Apell- anregende, feinschmeck. Bonbon. Zu hab. in Apoth. Droge u. wo Plakate sichtbar in Pak. 20 Pf., Dos. 50 Pf., aber tiefer. Lassen sie sich nichts anderes antun!

Die Arbeiterwohlfahrt.

Unter der Geißel des Kapitalismus hat die Arbeiterklasse schwer zu leiden. Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit drücken die Lebenshaltung herab. Not und Elend herrscht in vielen Arbeiterfamilien. Den Kapitalismus kümmert das nicht. Er lebt ja von der Ausbeutung der Massen; das Elend füllt ihm die Taschen. Dabei markiert er noch den Großmütigen, den edlen Menschenfreund, der mit schönen Redensarten und mit Almosen ein Pfälsterchen auf die Notstände legt, die er erst geschaffen hat. Das kommt dann unter der Marke „christliche Nächstenliebe“ in die Öffentlichkeit, man macht sich einen Namen damit, und es ist bei dem Ueberfluß im Geldbeutel gar nicht zu merken.

Auf diesem Mildtätigkeitsprinzip ist die bürgerliche Wohlfahrtspflege aufgebaut. Nur sie steht es fest, daß der Notleidende an seinem traurigen Zustand schuld ist, nicht der Kapitalist. Dabei soll anerkannt werden, daß in manchen bürgerlichen Wohlfahrtsbestrebungen jetzt ein sozialer Zug zu verspüren ist, daß man nicht mehr Armenpflege üben Angebens, sondern echte Wohlfahrtspflege zu treiben bemüht ist.

Diese Arbeit vom pharisäischen Almosengeben als Fürsorgetätigkeit zu den Anfängen einer modernen sozialen Wohlfahrtspflege, die den Notleidenden nicht nur als Fürsorgebedürftigen, sondern auch als Fürsorgeberechtigten betrachtet, diese Wandlung ist zum erheblichen Teil,

dem Einfluß der Sozialdemokraten

im Staats- und Kommunalleben zu verdanken, wie es sich nach der Revolution auch im Wohlfahrtswesen geltend machen konnte. Aber auch aus den Reihen der Notleidenden selbst kam nach während des Krieges der Wille zur Neugestaltung der Fürsorge mit Macht zum Durchbruch. Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten war es, der durch seine Erfolge auf dem Spezialgebiet der Kriegspflegerfürsorge bahnbrechend für eine sozialere Auffassung und modernen Handhabung in der Betreuung von notleidenden Volksgenossen, besonders in den amtlichen Stellen, wurde. Seine Forderung: „Nicht Dank, sondern Recht“ erkämpfte die Mitbestimmung und Mitarbeit der Interessenten in der Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge.

Dieser Wille zur Mitarbeit wurde dann in großen auf dem gesamten Gebiete der Wohlfahrtspflege von der Sozialdemokratischen Partei in einer großzügigen Organisation, der „Arbeiterwohlfahrt“ in die Tat umgesetzt. Arbeiterwohlfahrt bedeutet nicht Wohlfahrt nur für Arbeiter, sondern

Ausübung der Wohlfahrtspflege durch die Arbeiterwohlfahrt.

Die Arbeiterwohlfahrt ist eine Organisation, hervorgegangen aus der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung mit dem bewußten Willen, ihre Ideen in das große Arbeitsgebiet der sozialen Fürsorge hineinzutragen: Die Ideen der Kameradschaft, der Selbsthilfe und der Solidarität. Sie will ferner dafür sorgen, daß von Reich, Staat und Kommunalverbänden, auf dem Lande sowohl wie in der Stadt, eine intensive, ausreichend finanzierte Wohlfahrtspflege getrieben wird, und daß diese Arbeit in den Organen bewußt ausgeübt wird von Menschen mit hilfsreichem Herzen und tiefem sozialem Empfinden.

In diesem Sinne hat auch der Ortsausschuß für Arbeiterwohlfahrt in Magdeburg seine Tätigkeit aufgeföhrt und auszuüben versucht. Ließ sich auch nur verhältnismäßig wenig von den großen Aufgaben und Hoffnungen bisher verwirklichen, so zeigte doch der Jahresbericht der Genossin Arning in der Generalversammlung der Arbeiterwohlfahrt, welche unendliche Mühe und Arbeit die in der Arbeiterwohlfahrt tätigen Genossinnen im Dienste der Arbeiterwohlfahrt und als Helferinnen in der amtlichen Fürsorge geleistet haben, und daß ihrer aufopfernden Tätigkeit ganz anscheinliche Erfolge beschieden waren.

Wohl war die Arbeiterwohlfahrt, wie ja auch alle anderen Zweige der Arbeiterbewegung durch die Inflation und Wirtschaftskrise in ihrer Entwicklung und Arbeitskraft sehr gehemmt, doch es wurde keiner müßig;

immer wieder versuchten die Genossinnen, vor allem bei den Armen den Notstand wenigstens das Durchbarbare zu nehmen. Mit der steigenden Not wurden die Aufgaben größer. Ihre Lösung gestaltete sich immer schwieriger, weil ja die Kreise, die für die Arbeiterwohlfahrt in Frage kommen, fast alle selbst von harter Not oder erheblichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten betroffen waren. Hinzu kam, daß auch das Reich alle Unterstützung an öffentliche und private Fürsorge strich, so daß die Mittel der örtlichen Fürsorgestellen und Wohlfahrtsorganisationen auf ein Minimum zusammenschmolzen. In eine geregelte Fürsorgetätigkeit war auch im bescheidensten Maße nicht mehr zu denken.

Und dennoch wurden mit der steigenden Not die Kräfte der Arbeiterwohlfahrt immer zäher und erfinderischer, um die Not einzudämmen, und doch noch trotz aller Schwierigkeiten manchem Unglücklichen zu helfen. Wenn wir jetzt zurückblicken auf die furcht-

barste Zeit, so können wir mit Genugung sagen, daß die Arbeiterwohlfahrt ein gutes Stück fürsorgereicher Arbeit unter den schwersten Verhältnissen geleistet hat und daß sie sich ebenbürtig an die Seite der andern Organisationen der freien Wohlfahrtspflege stellen können. Ihre Arbeit ist um so höher zu bewerten, als sie ja nur bescheidene Geldmittel

erhalten konnte von ihren Freunden, die von dem Wenigen, das fast nicht zur Befriedigung ihrer eignen Bedürfnisse reichte, noch andern bereitwilligst abgaben. Die Arbeiterwohlfahrt hat es erfreulicherweise erreicht, mit geringen Mitteln möglichst viel zu schaffen.

Die Hauptaufgabe des Ortsausschusses der Arbeiterwohlfahrt galt der Kinderfürsorge. Eine Anzahl Helferinnen sind auch im Auftrage der Kommune auf diesem Gebiet tätig. Die Erholungs- und Ferienfürsorge verschaffte einer Anzahl von Kindern im Park und im Wien Aufenthalt; auch die Ausstattung dieser Kinder mit Kleidern und Schuhen wurde von der Arbeiterwohlfahrt vorgenommen. Die Ferienferienzüge waren stets ein Fest für die Kleinen. Für alte Leute wurden frohe Nachmittage abgehalten, in denen 4000 alte Leute bewirtet wurden.

Ein großes Arbeitsfeld bildete die Wöchnerinnen- und Säuglingsfürsorge. In den einzelnen Stadtbezirken wurde auf diesem Gebiet viel getan. Ganz eng mit dieser Arbeit hängt auch die Frage der Kinderhorte und -rippen zusammen, die von der Arbeiterwohlfahrt gefördert wurde. Auch der Betreuung der Jugendlichen wurde große Aufmerksamkeit gewidmet. Die Schulaufsicht für gefährdete Jugendliche und die Jugendgerichtshilfe wurde in vielen Fällen ausgebaut. Das Jugendamt hat mit Vorliebe auf die von der Arbeiterwohlfahrt gestellten Helferinnen zurückgegriffen, weil sie gerade

das beste Verständnis für die Nöte

der Jugend haben. Bei der Fürsorge der Stadt für Alte, Schwache und Kinder hat die Arbeiterwohlfahrt tatkräftig mitgeholfen. Allein 400 Mittagstische für alte Leute wurden von ihr dem Wohlfahrtsamt nachgewiesen. Auch an der Reichshilfe beteiligte sich die Arbeiterwohlfahrt. Zwei Helferinnen waren ein halbes Jahr lang täglich in eigner Küche bei der Zubereitung und Essenausgabe tätig. An der verbilligten Warenabgabe an Sozialrentner half die Arbeiterwohlfahrt mit. Mit einer Weihnachtsbescherung wurden 125 Personen bedacht.

Ganz ansehnliche Bestände an gebrauchten und neuen Kleidungsstücken, Schuhen und Wasche konnten an in Not geratene Arbeiterfamilien abgegeben werden. An 45 arbeitslose Familienbater gelangten Geldbeträge zur Auszahlung. Für eine Anzahl Familien Arbeitslocher wurde die Lebensmittelversorgung für mehrere Wochen übernommen; an 100 Personen wurden Brotscheine ausgegeben.

Die Zusammenarbeit der Arbeiterwohlfahrt auf dem großen verzweigten Gebiet der sozialen Fürsorge mit den befreundeten Wohlfahrtsorganisationen war gut, muß aber noch mehr vertieft werden. Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten, der Zentralverband der Invaliden und Witwen, der Verein Kinderfreunde und der Verein Landgard konnten in erster Linie für eine gemeinsame Arbeit in Frage.

Diese erfolgreiche Arbeit für die in Not geratene Volksgenossen ist nur möglich gewesen, durch die opferbereite Arbeit der Genossinnen und Genossen, die ihre Kraft der Arbeiterwohlfahrt gewidmet haben. Die Aufgaben in der kommenden Zeit werden noch erhöhte Anforderungen an die in der Arbeiterwohlfahrt tätigen Kräfte stellen. Deshalb gilt es neue Mitarbeiter zur sozialen Arbeit heranzuziehen. Die Arbeiterwohlfahrt wird sich jetzt

eine feste Organisation schaffen.

Die Generalversammlung hat beschlossen, Beiträge zu erheben; der Mindestbeitrag beträgt 25 Pfennig. Erwünscht sind natürlich erhöhte freiwillige Beiträge. Es soll eine Geschäftsstelle eingerichtet werden, der eine Beratungsstelle für alle Wohlfahrtszweige angegliedert wird. Eine intensive Schulungsarbeit für Helfer und Helferinnen ist vorgesehen. Die Kommunalarbeit, die Werbetätigkeit und die eignen Hilfsaktionen sollen verstärkt werden. Die Mittel für diese ungeheure Arbeit sollen durch Sammlungen und Beiträge aufgebracht werden.

Der Vorstand des Ortsausschusses für Arbeiterwohlfahrt ist folgendermaßen zusammengesetzt: 1. Vorsitzende Genossin Gertmann, 2. Vorsitzende Genossin Erwin, Kassierin Genossin Seiffert, Schriftführerinnen die Genossinnen Maerten und Scheer.

Unze Genossinnen und Genossen werden aufgefordert, der Arbeiterwohlfahrt ihre volle Unterstützung in jeder Beziehung zu geben. Gerade im Wohlfahrtswesen ist es notwendig, sozialistischen Geist hineinzutragen im Interesse der notleidenden Kreise der Arbeiterwohlfahrt. Deshalb muß die Parteigenossenschaft der Arbeiterwohlfahrt das rechte Interesse entgegenbringen.

Nachrichten aus der Provinz.

Lohnverhandlungen für Landarbeiter.

Bei den Lohnverhandlungen am Mittwoch den 12. November im Lohnauschuß des Landwirtschaftlichen Tarifamts Sachsen-Anhalt in Halle lehten die Arbeitgeber die Bewilligung irgendwelcher Lohnzulagen glatt ab. Vom Deutschen Landarbeiterverband waren Lohnforderungen gestellt, die sich in Höhe von etwa 30 Prozent Zulage bewegten. Es waren wieder die alten, längst überholten Argumente, die von den Arbeitgebervertretern gegen die berechtigten Forderungen der Landarbeiter ins Feld geführt wurden. So wurde von dem Vorkührer der Arbeitgeber, dem Hauptgeschäftsführer von Maslow, betont, daß die Landwirte von den erhöhten Getreidepreisen so gut wie keinen Nutzen gehabt hätten, da das Getreide zu niedrigen Preisen schon längst verkauft sei. Die noch vorhandenen Getreidemengen könnten als Qualitätsware nicht angesprochen werden. Kartoffeln seien nicht abzusetzen, diese lägen vielmehr in den Wägen und verfaulen. Als Pflaster für die Arbeitnehmerseite soll wohl die Erklärung der Arbeitgeber gelten, sich bei den Rahmenverhandlungen für eine mögliche Lohn-

erhöhung bereit zu finden. Landarbeiter und -arbeiterinnen! Auf's neue erseht ihr aus dieser Stellungnahme der Unternehmer in der Landwirtschaft, daß diese trotz ihrer ganz enorm gestiegenen Einnahmen durchaus nicht gewillt sind, der Landarbeiterschaft auch nur zum bescheidensten Teil einiges von dem bereits erzielten und noch zu erzielenden Mehrerdienst abzugeben. Landarbeiter, gebt die einzig richtige Antwort darauf, indem ihr eure Organisation schleunigst ausbaut, um für die kommenden Tarifverhandlungen auch gerüstet dazustehen. Am 7. Dezember ist außerdem Gelegenheit für die Wähler, auf dieses provozierende Verhalten der Arbeitgeber in der Landwirtschaft, die ihre politische Vertretung beinahe ausschließlich in der Deutschnationalen Volkspartei sehen, die gehührende Antwort zu erteilen durch Abgabe der Stimmen für die Sozialdemokratische Partei.

Veranstaltung des Deutschen Landarbeiterverbandes.
Ernst Brandenburg.

Stadtkreis Bura.

Der Schrebergärtnerverein veranstaltet eine Sammlung zugunsten der Rotgemeinschaft. 25 Zentner Kartoffeln sind sichergestellt. Der Verein bittet alle, die in der Lage sind, einen Teil ihrer Ernte zugunsten der Armen unserer Stadt zu entbehren, ihre Spenden im Restaurant Fürst Bismarck, Zerbster Chaussee, abzugeben. Jede Gabe, wenn auch so klein, wird mit Dank angenommen. — Wählerlisten. Unsere Genossen machen wir darauf aufmerksam, daß es notwendig ist, die Wählerlisten einzusehen. Wer nicht in der Lage ist, es in der vorgeschriebenen Zeit tun zu können, wird ersucht, sich in die ausliegenden Listen, im Gewerkschaftshaus, Krauses Restaurant und bei Lapp, Weiser & Schwan, Wühlentrasse, einzugehen. Die Parteileitung wird dann das Nötige veranlassen. Die Listen liegen von heute ab in den genannten Lokalen aus. Wer mit dem bisherigen Reichstag nicht zufrieden war und die Sicherung der Republik will, sichert sich sein Wahlrecht. — Eingetragener Frauenabend fand im Gewerkschaftshaus statt. Derselbe war sehr gut besucht. Die Arbeiterjugend half mit Rezitation und Musik. Genossin Süß verwies die Genossinnen noch auf die bevorstehenden Wahlen und ermahnte sie gleichfalls, ihre Werberpflicht für die Partei zu tun. Wir weisen heute schon darauf hin, daß am 21. November in der „Zentralhalle“ eine öffentliche Wählerberatung für die Frauen sein wird, in welcher die Reichstagskandidatin M. Arning (Magdeburg) sprechen wird. Notwendig ist es, daß unsere Genossen schon jetzt für diese Veranstaltung eine rege Propaganda treiben. — (Fortsetzung des redaktionellen Teiles nächste Seite.)

Hühneraugen
beseitigt sicher das Radikalmittel
Lebewohl
Hornhaut an der Fußsohle verschwindet durch
Lebewohl - Ballen - Scheiben.
Kein Verrutschen, kein Festkleben am Strumpf
In Drogerien und Apotheken.
Man verlange ausdrücklich „Lebewohl“.

Der Bürge.

Roman von Th. S. Hall Caine.

(7. Fortsetzung.)

Nachdruck verboten.

Klein Sunlads.

Seit Stephan Orreys Flucht aus Island ist nur ein Monat verstrichen, und seine Erlebnisse in dieser Zeit sind bald erzählt. Aus Scham über sein rohes Benehmen und aus Furcht vor seines Weibes Drohung hatte er sich davon gemacht, und es war ihm gelungen, sich im Schiffsraum eines englischen Seglers zu verstecken, welcher noch in derselben Nacht die Insel löstete. Aber am dritten Tage zwang ihn endlich der Hunger, sein Versteck zu verlassen. Natürlich wurde er darauf zu allerlei gemeiner Schiffsarbeit gezwungen. Nach etwa zehn Tagen legte das Schiff im ersten Hafen an, Stephan wurde als Volmatrose angestellt und unterzeichnete seinen Vertrag. Nun aber folgte bald Strafe auf Strafe — wegen Faulheit, Unwissenheit, Mühseligkeit. Das gab wieder Anlaß zu Zwistigkeiten; mürrische Entgegnungen, Flüche, Drohungen fielen, und endlich kam es zum offenen Streit mit dem „kleinen Tyrannen“, seinem obersten Bootsmann. Zuletzt ein wichtiger Streitgespräch über des großen Seeländers Ehre, und — der kleine Bootsmann fliegt kopfüber über Bord. Bei Wasser und Brot — und dieses nur jeden zweiten Tag — lag nun Stephan Orrey achtundzwanzig Tage im untersten Deck an die Wand geschmiebt, bis es ihm endlich, dank der guten Freundschaft eines Schiffskameraden, der Erbarmen fühlte, gelang, zu entkommen. Er schwamm aus Land, während das Schiff in der Bucht von Ramsey vor Anker lag.

Was darauffhin in dem Häuschen geschah, wohnen er vom Schicksal verschlagen wurde, das weiß niemand genau. Er blieb doct und lebte mit der Person, die ihn erhielt. Sie war das uneheliche Kind eines bantroitischen Engländers und der Tochter eines Wikars seiner Nachbarschaft, von Vater nicht anerkannt, von der Mutter in Pflege gegeben, in Unwissenheit aufgewachsen und zur Unzucht erzogen. Durch welche Kräfte, welche Witze, welche Lockmittel und Andeutungen diese Person Stephen Orrey für sich zu gewinnen suchte, ist so schwer nicht zu erraten. Das Ende war, daß schließlich nach viel Geschwätz und Spott und Kopfschütteln von Weiberseite der Wikar der Kirchengemeinde, Herr Sell, eines Tages in der kleinen Hütte in Port-h-Bullin einkehrte und am darauffolgenden Sonntag, vom kleinen Kobbie, Christiam, dem Küfer und Kantor, das Aufseher zur Heirat von

„Jungfrau Liza Killeh von Maughold mit Stephen Orrey, ledig, aus Island“ verlesen wurde.

Was das für eine Trauung war, drei Wochen später! Liza trug ein neues helles Kleid, das ihr Wella Cochbragh, eine Nachbarin, geliehen. So, mit fremden Federn geschmückt, ein stolzes, herausforderndes Lächeln zur Schau tragend, stolzierte Liza zum Altar hinauf, schaute schamlos in die Gesichter der Männer, frech in die der Frauen — die Kirche war nämlich gesteckt voll überreicher Menschen, die einen Lärm machten wie die Frösche beim Rainen — und hinter ihr ging Stephen Orrey, schlotterig in seinen vernachlässigten Kleidern, geknickten Hauptes. Selbst seine plumpe Art konnte die Unschärfe nicht verbergen, in der er sich offenbar befand. — Und was für ein Hochzeitsfest darauf folgte! In der kleinen Hütte von Port-h-Bullin noch es über! Sie vermochte auch die Menge der Gäste, Männer und Frauen nicht zu fassen, und so setzten sie sich denn vor die Tür in den Sand und die Kiesel des Strandes. Lizas alte Liebhaber waren alle gekommen. Nach Crowe, der Wirt vom „Gibernian“, brachte als Gratulationsgeschenk auf seinen Schultern ein mit Rum gefülltes Serringsfäßchen, Cleave Kinley, der Metzger von Ballagloß, ein halbes Vennin, und Matt Mischreest, der Nehmacher, ein eingefleischter alter Geizhals, hatte für die vielen Reihen der Gäste seine Schnupftabakbüchse bis an den Rand gefüllt. Auf dem Tisch, der dem dem Schmel, dem Herd und dem Bett lagen sie da alle bereitwillig beieinander, die Teller auf den Knien.

Laut ist ihr Lachen, zweideutig ihr Gespräch. Nach dem Essen, dem alle reichlich zugesprochen, kam auch Nachs Rum zu Ehren, und die Braut, die immer wieder einbüchelte, verzierete, sie wurde es als Befriedigung auffassen, wenn man jagen konnte, daß auch nur einer nichtern von Liza Killehs Hochzeit heimgegangen sei. Die Männer schnunzelten überlegen zu dieser unumtötig scheiternden Ermunterung und wandten ihr Gespräch dann der Erörterung einer recht wichtigen und dringenden Frage zu, nämlich, wie der große Bräutigam am besten sein Auskommen finden könne. Kame Wade war für den Fischfang, Cleave Kinley für den Bergbau und der alte Coobragh für die Viehzucht. So wurden sie bald erregt und wild. Liza schenkte zur Beruhigung immer wieder ein, warf alte Kleider über sie, wenn sie aufeinander losrücken wollten, entfernte alle Stühle aus dem Bereich ihrer gierigen Hände und leitete schließlich das gefährliche Gespräch am Kamin fest. Das alles half indessen nichts, die Freundschaft und den Frieden aufrechtzuerhalten. Mit jedem neuen Schluß wurden sie hitziger und rüdten endlich in Ermangelung anderer Waffen mit den vom Maße übrigegebliebenen Knochen einander zu Leibe. — Dann Crowe, mit einem Scherfingel be-

waffnet, bersehte Matt Mischreest einen luchtigen Schlag auf den Schädel, wofür er die Breitseite eines Schulterblattes auf seinen feisten Wangen zu spüren bekam.

Der Schaden dieser Schlägt war indessen nicht gar groß. So oft einer dieser trunkenen Rämwer zum Schlag oder Wurf die Hand erhob, fiel er hin, und bald lagen sie alle unter- und übereinander auf dem Boden. Dort blieben sie liegen, bis Stephen Orrey einer um den andern nach Hause trug.

Die Wirkung der Heirat auf Liza Killeh war — wie es oft geht, wenn eine Dirne heiratet. Da sie nun einen Mann hatte, der für sie arbeitete, wurde sie noch träger als vorher und, weil sie sich vor seiner Verleumdung zu fürchten brauchte, auch leichtfertiger und liebelicher denn je. Unter dem Deckmantel der Heirat verlor sie den letzten Rest weiblicher Scham.

Auch auf Stephen war die Wirkung nicht viel besser: er wurde immer träger, trübfinziger, hilfloser. Wenn er je vorwärtsgeriet, so war jetzt alles in ihm wie gelähmt. In der ersten Zeit seines Aufenthaltes auf der Insel war er mit Kame Wades Booten zum Matrosengang ausgezogen und hatte sich dabei als geschickter Fischer ausgewiesen. Nach und nach aber fing er an, die Arbeit zu meiden, verlor alles Selbstvertrauen und konnte kundenlang herumliegen und blöde in die Luft starren. Und so veranlaßte die beiden in der Hütte täglich tiefer im Morast ihrer Trägheit und Grämlichkeit und wurden tiefer einander zum Geiß.

Nach gebar Liza ein sonniges, wonniges Knäblein. Doch sie sah in ihm nur einen Hemmhauch ihrer Ungebundenheit, eine Last und eine Bürde, etwas, das sie in Anspruch nahm, und sie hing bald an, es ganz zu vernachlässigen. Auch Stephen wandte sich ab von ihm und wollte nichts von ihm wissen; er war durch dieses Kind zu lebhaft erinnert worden, daß auch Rachel vor seiner Flucht nahe daran gewesen, einem Kinde das Leben zu schenken.

Drei Jahre vergingen, lange, dumpfe Jahre. Stephens Ausdrud wurde immer sorgenvoller und starrer. Früher war er wohlhaft und trugen Geistes gewesen, aber nicht gemein. Nun sank er immer tiefer und tiefer. Gehen hatte er es mit der Wahrheit genau genommen; jetzt, da er mit einem Weibe lebte, die als selbstverständlich annahm, daß er lüge, wurde er zum Lügner. Er war ganz auf ihre Gesellschaft angewiesen; denn bei seinem langsamen Auffassungsvermögen brachte er es nicht fertig, Englisch zu lernen, und nur sie allein verstand ihn ganz. Kaffer Essen und Trinken hatte er keine Bedürfnisse, und sein Lebenszweck war jetzt nur der, die nächtlichen Wandlungen seines trunkenen Weibes zu bereiteln. So war Stephen nach und nach armger und roh geworden.

(Fortsetzung folgt.)

Kreis Jerichow 1.

Wieder. Eine Meile. Die Volkspartei hatte zum 10. November eine Wahlversammlung einberufen. Gefolgt waren dem Hofe 16 bürgerliche Personen und 28 Arbeiter.

Gommern. Den Aufruf zur Wahlbewegung wird die große öffentliche Volksversammlung unserer Partei am Orte geben, in der die Reichstagsabgeordnete Genossin Johanna Meike aus Hamburg über die Sozialdemokratie im Kampf um die Republik in dem jenseitigen Wahlkampf sprechen wird.

Kreis Wolmirstedt-Neuhaldensleben.

Dvenstedt. Verichtigung. Zu unserem Bericht über willkürliche Veränderung der Schulstunden sendet uns das Lehrerkollegium folgende Verichtigung: „1. Es ist unklar, daß die Landwirte um Stundenverlegung einkamen.“

Neuhaldensleben. Denkschriften, Genossinnen und Genossen, daß heute Freitag abend 7 1/2 Uhr bei W. Herzog die Parteimitgliederversammlung stattfindet.

Kreis Kalbe.

Kreisratsmitglieder.

Am Sonnabend den 15. November, vormittags 9 Uhr, Fraktionsitzung im „Wald“ in Kalbe. Pünktliches Erscheinen erforderlich.

Felgeleben. Sehr vielversprechend für den Wahlkampf ließ sich eine deutliche Wahlversammlung an. Professor Engel (Schönebeck) leitete die Versammlung.

Schönebeck. Die Anzahlung der Sozialrente für November findet am Sonnabend die 1. Woche statt, und zwar: A bis A von 8 bis 10 Uhr, B bis B von 10 bis 12 Uhr, C bis C von 12 bis 12 1/2 Uhr.

Schönebeck. Zur Weihnachtszeit ist die beste Gelegenheit die Geschäfte zu besuchen zu suchen, daß die „Volkstimme“ die Angelegenheit der bevorstehenden Wahlen in der Provinz behandelt.

durch die Einrichtung einer Nähstube in die Lage versetzt, hilfsbedürftige Arme zu Wäschen zu beschicken. Inse Frauen sind eifrig bemüht, durch Sammlungen dieses Hilfswerk zu unterstützen.

Schönebeck. Metallarbeiter. Die Pläne des Unternehmers zur Umwälzung der Löhne fordern gebieterisch die geschlossene Dramatization. Beharren in der Gleichgültigkeit bedeutet für die Arbeiterschaft von vornherein das Unterliegen.

Schönebeck und Umgegend öffentlichen Wähler-Versammlung Genossin Hanna Reize (Hamburg)

Waffenbesuch ist erforderlich! Waffenbesuch ist erforderlich!

Schönebeck. Die Wählerlisten liegen von Sonnabend den 15. bis 22. November aus. Die Arbeiterschaft darf nicht wieder so gleichgültig sein und sagen: Ich stand immer in der Wählerliste, inselgedessen bin ich auch diesmal drin!

- 1. Bezirk: Baderstraße, Bodengasse, Broihanstraße, Burgstraße, Schornsteinwegstraße, Steinstraße, bei Fischer, „Steinhalle“, Steinstraße 61.
2. Bezirk: Barbier Straße, Barbier Vor Bohrverwaltung, Buchhaus, Karlshof, Volkshaus, Felleger Straße, Felleger Weg, Hohweg, Johannisstraße, Volkshaus, Peterstraße, Salmen-Kolonie, Schulstraße, Wasserturm, Wasserteich, im Restaurant Henneberg, Felleger Straße.
3. Bezirk: Wismarstraße, Fölscherstr., Breiter Weg, Hermannstraße, Oststraße bei Wülffhof, Breitenweg 72.
4. Bezirk: Friedhof, Republik, Salzer Straße, Salztor in Biermanns Restaurant, „Deutscher Hof“, Salzer Straße.
5. Bezirk: Bahnhofs, Gnadauer, Goethe, Leising, Luther-, Marx-, Paul-, Roon-, Schilderstraße bei Schuhmachermstr. Becker, Bahnhofstraße 35.
6. Bezirk: Bad-Elmener Str., Krausestr., Stadtfeld, Randel im Stadtpark-Restaurant.
7. Bezirk: Brückenrampe, Elbstraße, Elbtor, Graben, Markt-, Müller-, Poststraße, Stredenweg, Wächterhäuser, Worth im Zigarrengeschäft Henneberg, Markt 12.
8. Bezirk: Frohner, Quercstraße im Restaurant Wilhelm Frike, Frohner Straße 16.
9. Bezirk: Rebellstraße 1-45 und 84-139 bei Ernst Roberts, Bebelstraße 116.
10. Bezirk: Bebelstraße 46-53, Belisleber Weg bei Emil Theile, Bahnhofstraße.
11. Bezirk: Grünwalde im Jägerhof
12. Bezirk: Ebeneau bei Trampuhl.
13. Bezirk: Felgeleben im Konsumverein.
14. Bezirk: Sachjenland bei Schneider.
Bei den Wählerlisten liegt Papier, damit die, welche nicht in der Liste stehen, ihre Eintragungen vornehmen können.

Stahfurt. Fahrplanänderung. Auf der Straße Güten-Stahfurt-Leopoldshall fallen ab Montag den 17. November die Triebwagen 1217 W (ab Güten 5.45 nachmittags, an Stahfurt 5.56) und 1258 (ab Stahfurt 6.33 abends, an Güten 6.46 abends) aus wirtschaftlichen Gründen aus.

Stahfurt. Wählerinnen und Wähler! Montag den 17. November, abends 8 Uhr, findet im „Küstenhof“ eine öffentliche Versammlung statt. Reichstagsabgeordneter Bauer spricht über die Wahl am 7. Dezember.

Stahfurt. Seht die Wählerlisten ein! Der Wahlgang gibt bekannt, daß für die Reichstags- und Landtagswahl die Wählerlisten im Rathaus, Zimmer 27, in der Zeit vom 15. bis einschließlich 22. November während der Dienststunden zu jederwünschten Stunde einliegt.

sofort die Nachtragung beantragen. Besonders jugendlich Wähler, die bis zum Wahltag das 20. Lebensjahr erreichen oder Wahlberechtigte, welche ihren Wohnsitz geändert haben, sollten sich von der Eintragung überzeugen.

Stahfurt. Der Theaterabend für das Reichsbanner und seine Freunde findet am Dienstag abend 8 Uhr im Stadttheater statt. Geopfert wird die Operette: Kasia, die Tänzerin.

Stahfurt. Der Arbeiter- Wohlfahrtsauschuß erfreut sich einer ständig wachsenden Aufmerksamkeit. Schon der erste Schritt in die Öffentlichkeit brachte einen vollen Erfolg. Die vorgenommene Sammlung brachte eine nennenswerte Summe.

Altmarkt. Pfingsten. Ein Ereignis für uns war eine von der Deutschnationalen Partei einberufene Wählerversammlung. Als Referent war ein gewisser Porich aus Schönebeck erschienen.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Blösch. Eine republikanische Feier ist am Sonnabend den 15. November im Gasthof Könnide, Stadt Magdeburg. Die Ortsgruppen von Gommern und Umgegend werden an dieser Veranstaltung für die Republik teilnehmen.

Körbelis. In gut besuchter Mitgliederversammlung sprach am Sonnabend Kamerad Karbaum (Magdeburg) über die Reichsbannerbewegung und die Stellung des Reichsbanners im Wahlkampf.

Rogitz. Am Sonnabend den 15. November, abends 8 Uhr, findet im Restaurant zur Schiffswerft eine Vorstandssitzung zur Besprechung der am 23. November geplanten Gedächtnisfeier statt.

Aus der Jugendbewegung.

Arbeiter-Jugendbund Groß-Magdeburg. Gruppenleiter: „Arbeiter-Jugend“ Nr. 11 abholen. Beiträge, Revolutionsfeierkarten und Gutscheine sind abzurechnen. Berichtsbogen abliefern.

Alle Gruppen beteiligen sich reiflos am Sonntag an der Flugblattverbreitung. Es ist Pflicht des Gruppenleiters, am Freitag aus den Parteilokalen die Flugblätter abzuholen. Sonnabend Baden von 12 bis 13 Uhr. Eintritt 20 und 10 Pf.

Vereins-Kalender.

S. b. A. (Zentralkomitee d. Arbeiter-Klassen) Sonntag vorm. 10 Uhr Besichtigung d. Zeitungsgebäude (Friedrichs-Platz) u. a. m.

Wolle Form und Jugendfreizeite sind der Wunsch vieler Frauen. Wir rufen Ihnen in Ihrer Apotheke 30 Gramm echte Woll-Reine zu kaufen, die exprobie, unschädliche Stoffe von unangenehm runder Wirkung enthalten. Jeder Hof-Apotheker, Str. Weg 158. A 205

Advertisement for shoes featuring various styles and prices: 5.90, 8.90, 9.80, 12.50. Includes text: 'Warme Schuhe, echt Kameelhaar oder Filzstoff, in Riesenauswahl' and 'Magdeburg Alter Markt 11'.



Omnia Juventa!



Beginn:
Montag, 17. November

Vorverkauf: Sonnabend, 15. November, morgens 8 1/2 Uhr

Beachten Sie
unser Schaufenster
und unser morgen
— erscheinendes —
Inferat!!

R. Wittkowski

61 Breiteweg 61

Großer Schnell-Verkauf!

Ein Posten
**Damen-Mäntel, Kleider,
Blusen, Jumper, Strick-
westen, Strümpfe usw.**

mit Rücksicht auf jeden annehmbaren Preis ver-
kauft werden. Eine nie wiederkehrende Gelegenheit bietet
sich Ihnen, schon jetzt Ihren Weihnachtbedarf einzudecken.

Verkauf en gros, auch en détail
Gr. Münzstr. 12.

Prospekte Preislisten

wie auch alle andern Geschäftsdrucksachen
liefern wir in wirkungsvoller Aufmachung.
W. PFANNKUCH & CO., MAGDEBURG
Grosse Münzstrasse 3 Fernsprecher 961

3



Buckau Buckau

Billige Schuhe!

Arbeitsstiefel 6.90 7.90
Rindboxstiefel 8.50 7.90

Gehtstiefel, Kamelhaarschuhe, Filzschuhe
und Stiefel, winterstiefel u. h. Sportstiefel.
Nischenaustrag.

Himmelstern

Schönebecker Straße 94 b.

*Wunderwerk
das gibt
Tiefenfühler!!!*

wird auf vielseitigen Wunsch
von jetzt ab auch mit Bei-
gabe von Seifenstifteln
geliefert. Hohe Schaum-
kraft, famose Waschwir-
kung, weiße klare Wäsche, leichte
Arbeit.

Paar 25 und 50 Pfennig.

Konfektions-Verkauf

Sonnabend

Montag

Großer, enorm billiger

in Serien eingeteilt, gute und beste Qualitäten, aus eigener Fabrikation, ohne jeden Zwischenhandel.

Serie I Herren-Anzüge aus grau sammeten Stoffen, guter Sitz, gute Verarbeitung	23.00	Herren-Schlüpfer aus schweren Färbgrünen Stoffen, weiche, moderne Form	28.00
Serie II Herren-Anzüge gemustert u. mariniert, gute Sastrer, moderner Schnitt	28.00	Herren-Ulster in vielen Farben, mit angelegter Spitze, zurechtweisend, gut und hart	35.00
Serie III Herren-Anzüge in schwarzem Stoff	34.00	Herren-Ulster aus extra schweren, reinwollenen Stoffen, moderne Verarbeitung	50.00
Serie IV Herren-Anzüge in den modernsten Farben, beste Sastrer, elegante Form	39.00	Loden-Mäntel in allen Größen	18.50
Ganz etwas Besonderes! Herren-Anzüge aus reinwollenen Stoffen, moderner Schnitt, Sastrerarbeit	52.00	Winter-Joppen in vielen Farben u. Formen	16.50
		Herren-Hosen in Niefenaustrag	4.65
		Berntschleimung sehr billig	
		Herren-Westen	4.50 3.75 3.25

„Zur Kleider-Fabrik“

Karl Rockmann & Co., G. m. b. H.
Breiteweg 215 — gegenüber der Lichtstr. — Breiteweg 215

Sobillig kaufen

Durch Ersparnis der hohen Ladenmiete können wir uns mit dem kleinsten Nutzen begnügen. Unsere Preise liefern den Beweis hierfür.

Hier einige Beispiele:

Tuchstiefel, Leder- sohle 27 bis 30	1.65	Damen-Tuchstiefe- Leder- sohle	1.95	Herr.-Hautschu- warmer Futter	5.25
Lederstiefel, braun u. schw. 18 b-20 2.45	1.95	Dam.-Kamel-Schu- Filz- od. Ledersohle	2.85	Leder-Gamasen braun und schwarz	8.90
Kamel- chna l. Filz- u. Leders 27 b. 30	2.95	Box alt-Damen- Schürschu- 36	4.85	H. Schnürstiefel R-Chevr., spitze Form	7.90
Chev.-Kind-Stiefel 25 u 26 3.95 23 u 24	3.65	R-Chev.-Damen- Schnürschu- 36-41	5.65	Herr.-Halbschu- braun, Rand gelb	8.90
Häden- stiefel, R- Chev 31 b. 35 5.90 27 b. 30	4.55	Dam.-Schleibschall- Schu- R-Chevr.	6.90	Herr.-Schnallen- stiefel, bes stark	9.90
Rindl.-Kn.-Stiefel 31 b 35 5.90 27 b. 30	5.25	Graue Damen-Chev- Schnürschu-	7.90	Herr.-Sp rthox- Wanderstiefel	10.50
Rindbox-Knoben- Stiefel 36-39 7.90 S1 bis 25 6.90 25 bis 30	5.90	Dam.-Lockspan- Schu- spitze, 2 Kn.	8.90	Herr.-Boxkalf- Schnallen, w. Futter	10.50
Frauen-Feldstiefel Rindleder	6.90	Damen-Lack-Schnür- schu- 35-38	9.80	Herr.-sonntags- stiefel, Lac kappe	12.50
Frauen-Boxkalf Schnallen, w. Futter	6.50	Br. Boxkalf-Damen- Schnürschu-	9.80	Fußball-Stiefel Marke Liga	10.50
Dam.-Schnürstiefel R-Chev. hochabsatz	7.90	Br. Chev.-Damen- spann-, L-XV-Abs.	10.50	H.-Sportsstiefel D.-Sohle 16 50 14.50	12.50
Dam.-braun Chev.- Schnürstiefel	8.90	Elegante Damen- Lack-, Schnür- u. Spägen- schu- mod., spitze Form	13.50	Schaftstiefel	15.50
				Kniestiefel	27.50
				Autostiefel	36.50

Schuhhandelshof

Breiteweg 193/94 Hof-
gebäude

Gutschein! Trotz der billigen Preise wird dieses Inserat der „Volksstimme“ beim Einkauf von 10 Mark mit 50 Pfg. und von 20 Mark an mit 1 Mark in Zahlung genommen.